



Vierteljähriger Abonnementssatz. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abo. 60 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inseritionsgebühr für den
Raum einer sechstelheiligen Post-Zeile 25 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 55. Morgen-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Sonnabend, den 23. Januar 1886.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für die Monate Februar und März ergebnis ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 4 M., bei Zustellung ins Haus 4 M. 75 Pf., auswärts incl. des Portoabzuges 5 M., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement in Breslau (incl. Abtrag ins Haus) auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe 60 Pf. Reichsw., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf., auf die Kleine Ausgabe 30 Pf.

In den k. österreichischen Staaten, sowie in Russland, Polen und Italien nehmen die betreffenden Post-Anstalten Bestellungen auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Budgetdebatte im ungarischen Reichstage.

Budapest, 19. Januar.

Der Verlauf der Budgetdebatte im ungarischen Reichstage hat sich sehr günstig für die Regierung gestaltet. Der Conseilpräsident und der Finanzminister konnten mit vollem Rechte auf den blühenden Zustand des ungarischen Credits, sowie auf ihre rasche und erfolgreiche Thätigkeit in der chauvinistischen Magyarisierung der Deutschen und Slaven hinweisen. Damit wären die Angriffe der Opposition erledigt gewesen, auch wenn die letztere schärfere Waffen geführt hätte. Die einzige Blöße aber, welche Tisza's Verwaltung darbietet, sind die Zustände in Croaten. Dort herrscht wenigstens momentan die Ruhe des Friedhofes auf dem Agramer Landtage, nachdem man die Opposition unter Starcevic dingfest gemacht hat. Es war kein schwerer Kampf, den Tisza auszufohlen hatte, indem er nachwies, daß auch im Vormärz die Conflicte zwischen Pest und Agram niemals ganz geruht hätten. Aber die Abgeordneten von der äußersten Linken hatten doch auch Recht, wenn sie ihm erwiesen, daß sei ein trauriger Trost, weil es doch eben auch nicht besser geworden sei. Jedenfalls ist es eine lächerliche Nebentreibung, wenn Tisza behauptete, es liege doch eine große Verhügung darin, daß man jetzt in Agram einen Banus und eine Landtagsmajorität habe, die für die Union mit der Stephanskronen gegen die Opposition einträte, und daß eben die furchtbare Hestigkeit dieser letzteren beweise, wie sie mit ihrem Latein bald zu Ende sei. Das kann denn doch erst die Zukunft lehren. Denn aus der Vergangenheit geht nichts desgleichen hervor, und in der Gegenwart steht nur so viel fest, daß seit 2 Jahren, seit dem Ausbruch des Wappenscandals von einem constitutionellen Regime in Agram auch nicht mehr dem Scheine nach die Röde sein kann.

Die gefährlichste Seite der croatischen Frage für Ungarn ist jedoch die Wendung, welche die Dinge in den Erbländern nehmen. Der sehr geachtete und trotz seines deutschen Namens ultramagyarische Abgeordnete Grünwald hob unter grösster Aufmerksamkeit des Hauses hervor, daß der Grundgedanke des Ausgleichs von 1867 denn doch ganz unzweifelhaft sei, den Magyaren die führende Rolle in Ungarn und den Deutschen in Österreich zuzusprechen. Gehe es aber mit der Slavisierung der Erbländer in der bisherigen Weise fort, so sei der Magyarsmus in Ungarn unzweifelhaft dem Untergange geweiht, weil die slavische Hochfluth an dem Leithafüllchen sicherlich nicht Halt machen werde. Auf diese Deduction ist bisher vom Ministerium noch keine Antwort erfolgt und wird auch schwerlich eine erfolgen, denn ihre Unwiderleglichkeit ist eben mit Händen zu greifen. Bei seinen Erfolgen in der magyarisirenden Richtung und bei jenen seines Collegen auf dem finanziellen Gebiete fühlt sich Tisza aber so fest im Sattel, daß er Niemand schont, wie er das denn auch nicht nötig hat, da er der Majorität seiner Mameluken im Reichstage sicher ist und die Declamationen der Unabhängigkeitspartei gar zu abgestanden waren. Ein Redner der Opposition hob hervor, daß der ungarische Credit schlechter sei als der österreichische. Ein Anderer erneuerte die alte Declamation, daß die Grundlage des staatsrechtlichen Ausgleichs das Land dem Staat zuführe. Darauf konnte Tisza erwidern, daß der 1867 noch jungfräuliche Credit Ungarns in sieben Jahren glücklich soweit ruiniert worden sei, bis man nur noch Anlehen zu 9½ % und gegen Hypotheken habe aufnehmen können. Daß es heute besser steht, muß man zugeben. Aber auffallend ist die Rückichtlosigkeit, womit Tisza diese seine Anklage gegen die Deakpartei formulirt, die zugleich auch das ungarische Regiment Andrássys trifft. Überhaupt ließ er sich sehr gehen, wie ein Staatsmann, der sich ganz fest im Sattel fühlt und weder nach oben noch nach unten hin der Vorsicht bedarf. Auf die Anklage der Opposition, daß die deutsche Sprache immer noch eine zu große Rolle spielt, hatte er die für einen Ministerpräsidenten des Königs von Ungarn, der doch zugleich Kaiser von Österreich ist, ganz merkwürdige Antwort: Auch 1849 habe Ungarn seine Siege erfochten auf Grund von Tagesbefehlen, die meistens deutsch abgefaßt seien! Den größten Beifall wird es jedenfalls im Lande finden, daß Tisza sich vollständig mit den Bestrebungen des siebenbürgischen Culturvereins zur Magyarisierung der Sachsen und Rumänen identifizirt und den Bestrebungen dieses Vereins das Zeugnis aussstellt, sie würden zu großem Vortheil für Staat und Kirche gereichen. Die Opposition hatte nämlich höchst alberner Weise der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß ein Culturverein in Sachen des Chauvinismus die Thätigkeit des Ministeriums habe ersezten müssen. Da war die Antwort leicht: Nicht um die Erziehung einer mangelnden Regierungsaction habe es sich gehandelt; es sei nur endlich neben der Regierung auch die Gesellschaft in Thätigkeit getreten, nachdem sie so lange die Hände in den Schoss gelegt. Ausdrücklich erklärte Tisza, daß er von der Mithilfe des Culturvereins jetzt den gewünschten Erfolg erhoffe. Für die Sachsen werden also immer bösere Tage hereinbrechen. Und während man dies harmlose Wölkchen drangsalirt, zieht man alle Wachtposten an der Leitha gegen den hereinbrechenden Slavismus ein.

Deutschland.

— Berlin, 21. Januar. [Noch einmal die Karolinen-Frage. — Klagen über das Dynamitgesetz.] Heute werden die „B. Ztg.“ und die „Germania“ in der „Nord. Allg. Ztg.“ abgefasst, weil sie aus den Geständnissen der letzteren über die Priorität der Besetzung der Karolinen durch Spanien die Folgerungen

gezogen hatten, welche jeder auch nur einigermaßen unbefangene Leser ziehen müste. Die „Germania“ scheint allerdings nur des äusseren Ornamentes wegen herangezogen worden zu sein, denn die offizielle Polemik richtet sich ausschließlich gegen das freiminnige Blatt. Die Versuche der „Nord. Allg. Ztg.“, die Anrufung des Papstes als Vermittler zu vertheidigen, werden immer komischer, und dieser Eindruck wird durch die eingestreuten Grobheiten nicht gemildert. Nach dem, was uns heute offenbart wird, hat es sich bei der Vermittelung des Papstes nicht darum gehandelt, die Karolinen der einen oder der anderen Macht zuzusprechen, sondern darum, eine hochgradige Spannung zwischen Deutschland und Spanien zu beseitigen. Da diese Spannung aber gerade durch die Ansprüche Deutschlands auf die Priorität der Besetzung entstanden sind und andererseits, wie aus der Veröffentlichung des Herrn Robertson in Hamburg hervorgeht, am 22. September v. J. die spanische Regierung der deutschen bereits einen Vertrag angeboten hatte, welcher im Wesentlichen alle Bestimmungen enthielt, die in dem kürzlich veröffentlichten Protokolle enthalten sind, so ist absolut nicht einzusehen, weshalb nicht ohne den Papst schon damals ein Vertrag abgeschlossen und die hochgradige Spannung beseitigt werden konnte. Ganz unbegreiflich erscheint der Verlauf der Angelegenheit, wenn man sich erinnert, daß trotz dieser Spannung die Verhandlungen zwischen beiden Mächten nicht nur ruhig fortgesetzt wurden, sondern sogar zu einer Verständigung führten, ehe der Papst sein Gutachten abgegeben hatte, und daß die ganze Beweisführung des Letzteren von der ersten Entdeckung, den Missionaren und den Acten der Propaganda überflüssig war, weil sich mittlerweile herausgestellt hatte, daß Spaniens Marine vor dem Eintreffen des deutschen Schiffes Acte vorgenommen hatte, welche als eine „bona fide Besitzergreifung“ anerkannt werden mußte. Daß am Schlusse des offiziösen Artikels die neuerdings üblich gewordene Reverenz vor der Weisheit und Friedensliebe des Papstes wieder einen Platz findet, kann über die schwache Beweisführung im ersten Theile nicht hinwegtäuschen. — Aus dem rheinisch-westfälischen Bergwerks-Districte kommen Klagen über die Schädigung, welche durch das Dynamitgesetz dem dortigen Bergbau zugefügt werde. Blätter, über deren Loyalität auch die stärkste offizielle Kritik kein absprechendes Urteil fällen könnte, versteigen sich zu der Behauptung, daß das ganze Gesetz ein verfehltes sei, seinem Zwecke nicht entspreche und der Polizei eine ungebührliche Machtbefugniß verleihe. In letzterer Beziehung wird erwähnt, daß einem Grubendirector, welcher seine Stellung wechselte, der erbetene Schein zum Besitz und Vertrieb von Dynamit von der Polizeibehörde versagt worden sei, weil er in seinem früheren Wohnorte einmal wegen eines durch seine Arbeiter begangenen unerheblichen Verstoßes gegen wegepolizeiliche Vorschriften, für welche er die Verantwortlichkeit zu tragen hatte, in eine Polizei-Verstrafe genommen worden sei!

— Berlin, 21. Januar. [Die Berliner Bau-Innung] versendet jetzt das Statut des vom Reichskanzler genehmigten Innings-Verbandes der deutschen Baugewerksmeister durch ganz Deutschland. Der Verband umfaßt das ganze Deutsche Reich und hat seinen Sitz in Berlin. Alljährlich im Herbst findet ein Delegiertentag statt. Aufstellung gemeinsamer Grundsätze für das Arbeitsverhältnis zwischen Meistern und Gesellen, sowie einheitliche Regelung des Lehrlingswesens sind die Hauptzwecke des Verbandes. Wie bekannt, dürfte die Lohnbewegung speciell im Baugewerbe im nächsten Frühjahr große Dimensionen annehmen und sind, da die Fachvereine der Gesellen die Süppenpunkte der Lohnbewegung sind, namentlich die Maurergesellen bestrebt, mit ganzer Kraft für Gründung neuer Fachvereine zu sorgen. Die Sache soll jedoch nicht mehr dem Zufall überlassen werden, sondern nach einem bestimmten Plan vorgegangen werden. Es wird in dem „Bauarbeiter“, dem Organ der Gesellen, darauf hingewiesen, daß von 59 Maurerfachvereinen allein auf die Provinz Brandenburg 16 kommen. Ganz Rheinland und Westfalen haben dagegen nur 3 Städte mit Maurerorganisationen, ganz Süddeutschland nur 5, Holstein und Schleswig 5, Hamburg mit Mecklenburg, Lübeck 5, die Provinz Sachsen mit den von ihr eingeschlossenen oder ihr benachbarten kleineren Staaten 8, Königreich Sachsen 5, Provinz Hannover mit Bremen und Wilhelmshaven 6, Pommern nur 2, Schlesien 3. Dabei höre das Gebiet der Verbreitung der Maurer-Organisationen an der Oder vollständig auf. Erst ganz in der neuesten Zeit sei es nun gelungen, einen Anlaufpunkt in Königsberg zu finden.

[Einigen eigenhümlichen Schmerzenschrei] lesen wir in der „B. Ztg.“ Sie schreibt:

Zu den Lieblingsklagen der Ultramontanen gehört bekanntlich die über den Mangel an Parität in Preußen. In diesen Tagen durchblätterten wir das „Staatshandbuch“ und fanden in der Rubrik „Staatsrat“ die beiden demselben angehörigen katholischen Geistlichen „D. Kremenz, Erzbischof von Köln“ und „D. Kopp, Bischof von Fulda zu Fulda“ noch ausdrücklich, gerade wie die Exellenzen, mit den Prädicaten verlehen: „Seine exz. bishöfliche Hochwürden“ und „Se. bishöfliche Hochwürden“; bei den evangelischen Geistlichen, welche Mitglieder des Staatsraths sind: D. Büchsel, General-Superintendent a. D., D. und Dr. j. Brückner, Wirkl. Ober-Cons.-Rath, Probst und General-Superintendent von Berlin und geistl. Biepräses des Evangel. Ob.-Kirchenrats“ und D. Kogel, Ober-Hofprediger, Gen.-Superintendent der Kurmark, Mitglied des Evang. Ober-Kirchenrats etc. ist dagegen von „Hochwürden“ nichts zu sehen, obgleich man im Leben ihnen dies Prädicat doch zu geben pflegt, sondern sie sind, wie andere Beamte, lediglich mit dem Amtskarakter bezeichnet. Ferner ein anderes Beispiel: Der Bischof Kopp von Fulda, der nach der Notiz im „Staatshandbuch“ zu schließen, bisher noch keinen preußischen Orden besäß, hat nach der letzten Ordensliste die Ordens-Stufenleiter gleich mit dem Kronorden 2. Klasse begonnen, während der General-Superintendent Braun in Berlin in gleichem Falle soeben den Roten Adlerorden 4. Klasse erhalten hat.

[Die Akademie der Wissenschaften] feierte den Geburtstag Friedrichs des Großen gestern Nachmittag durch eine öffentliche Sitzung im feierlich erleuchteten rothen Saale des Akademiegebäudes, dessen wertliche Schmalwand die Büsten des großen Königs und Friedrich Wilhelms III. zierten. Als Vertreter der Regierung wohnten der Sitzung der Cultusminister v. Goßler und der Ministerialdirektor Greif bei. Unter Vorantritt des den Vorst. führenden ständigen Secretärs des historisch-philosophischen Klass. des Prof. Mommen, betraten die Mitglieder des akademischen Senats den Saal. In ihrer Mitte befand sich auch das Ehrenmitglied der Akademie, Feldmarschall Graf Moltke, der an dem Tisch der Secretäre, zwischen Geheimrat Dubois-Raymond und Prof. Auwers, Platz nahm. Die Festrede hielt Prof. Mommen. Sein Thema war die Stellung der „Germania“ zu den übrigen Werken des Tacitus. In der „Germania“ habe Tacitus seinen Landsleuten nicht ein Sittenbild zur

Nachferierung malen wollen; auch sei er schwerlich durch Trojans Feldzüge am Rhein veranlaßt worden, den Grund und Boden, auf welchem ein Tagessereignis vor sich ging, seinen Landsleuten zu beschreiben. Mommen nimmt vielmehr an, daß man die „Germania“ mit den „Historien“ des Tacitus in direkten Zusammenhang bringen müsse und in ihr nur einen abgesonderten Theil des genannten Geschichtswerkes zu sehen habe. Es sei, wie am ehesten Polybius beweise, bei den römischen Historikern Brauch genommen, die Landstriche, auf welchen die erzählten Begebenheiten sich abspielten, in besonderen Capiteln zu schildern. Für die „Historien“ famen außer Germanien noch Britannien und Palästina in Betracht; die beiden letzteren Gebiete waren den Zeitgenossen des Tacitus aber bekannter als Germanien und ihre Beschreibung ließ sich überdest leichter in die historische Darstellung einweben. Die Schilderung von Germanien hingegen mußte zu sehr anwachsen, als daß sie nicht, in das Ganze eingefügt, die Harmonie hätte beeinträchtigen sollen. Diese Beweisgründe, so schließt Mommen, hätten Tacitus bewogen, die Beschreibung von Germanien gesondert zu geben, gleichwohl gehörte die „Germania“ dem genannten Geschichtswerke als Glied an. Mommen berichtet sodann über die Personalveränderungen in der Akademie. Durch den Tod verlor dieselbe das Ehrenmitglied, General Baeyer in Berlin, Ernst v. Siebold in München, Henri Milne Edwards in Paris, Georg Curtius Leipzig, Emile Egger in Paris, Willem Jonckheer-Wiesbaden und Leon Nemer-Paris. Neu gewählt wurden zum ordentlichen Mitglied der Historiker Otto Hirschfeld, zu auswärtigen Mitgliedern August Séguéla-Bonn und Böhlhink in Leipzig und zu correspondirenden Mitgliedern Friedrich v. Recklinghausen-Straßburg, Bruno Fischer in Heidelberg und Christoph Siegward in Tübingen. Zum Schluss sprach Prof. Wattenbach über Waldbenser-Secten in der Mark, in Pommern und in Thüringen während des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts.

[Der Redakteur der „B. Ztg.“, Frhr. v. Hammerstein], war vom Schöpfgericht zu 30 M. Geldbuße verurtheilt worden, weil er in einem Artikel seiner Zeitung den Gymnasiallehrer und Stadtverordneten Dr. Schneider zu Küstrin beleidigt hatte. Der Artikel hatte dem Genannten vorgeworfen, daß er in der Küstriner Stadtverordneten-Versammlung die Opposition gegen den Bürgermeister Detleffsen nur deshalb schüre, weil dieser conservativen Grundfäden huldige, daß er über seiner Thätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung und in liberalen Verbänden die Berufspflichten vernachlässige etc. Der Angeklagte hatte gegen dieses Erkenntniß die Berufung eingelegt, welche jedoch gestern von der VI. Strafkammer verworfen worden ist. Die Berufungskammer war gleichzeitig im Gegenteil zu dem ersten Richter der Meinung, daß der Schutz des § 193 Str.-G. B. dem Angeklagten nicht zur Seite steht, da der Artikel lediglich den Zweck hatte, persönliche Angriffe gegen einen politischen Gegner zu richten.

[Die bekannte Privatfrage des Dr. philad. Simon May] vom „Reichsboten“ gegen den Prof. der Theologie Dr. Strack gelangte gestern vor der 6. Strafkammer in der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Es handelt sich bei der ganzen Affaire bekanntlich um den Inhalt des Kolnids-Gebets der Juden und die Behauptungen, welche in dieser Beziehung von den Herren Stöcker und May aufgestellt waren. Als Hofprediger Stöcker in einer Versammlung den Inhalt jenes Gebets auf Grund eines Artikels eines Talmudgelehrten (Dr. Morgenstern) schriftlich hatte, erließ Prof. Dr. Strack eine Erklärung, daß unmöglich ein Talmudkenner jenen Artikel geschrieben haben könne. Darauf eröffnete Herr Simon May in einer Versammlung des Antisemitbundes heftige Angriffe gegen Prof. Dr. Strack, in welcher er erklärte, daß Dr. Strack, der eine Säule des christlichen Staates sein solle und vom Staate durch eine theologische Professur ausgezeichnet sei, für ihn kein Priester der christlichen Kirche mehr sei, daß er sich vor der Judenpresse nur fürchte etc. Zunächst veröffentlichte Professor Dr. Strack eine Erklärung, in welcher er dem Simon May eine Kenntniß des Talmuds absprach und sich auf die Bezeugnisse des bekannten Dr. Berliner und des Gefangenengenossen Dr. Körner berief. Ersterer kenne den Simon May aus der Zeit, wo er mit 16 Jahren in ein Fellegefängnis eingetreten war, Letzterer habe amtlich mit demselben zu thun gehabt, als Simon May wegen Bankrotts in Plötzensee saß und befand, daß derselbe nicht einmal einmal die Elemente der hebräischen Sprache ordentlich gekannt habe. Darauf replizierte Simon May: es sei unwahr, daß er wegen Bankrotts in Plötzensee gesessen und alle verunglimpfenden Behauptungen stammen nicht aus dem Kopfe des Professor Strack, sondern der Inspecteur desselben sei ein Individuum, welches als Mitarbeiter philosemitischer Blätter und Polizeiopposition bekannt ist. — Dies ist die Unterlage der Klage. Das Schöpfgericht erklärte Prof. Strack wegen der abfichtlichen Ernährung der Vorstrafen der Beleidigung des Herrn May für schuldig, aber für straffrei, verurtheilt dagegen auf erhobene Widerklage Herrn May wegen Beleidigung — welche in dem Vorwurf der Unwahrheit liege — zu 30 M. Geldbuße event. 6 Tagen Haft. Das Schöpfgericht nahm an, daß das Abstreiten jeder Kenntniß des Talmud für einen Mann nicht beleidigend zu erachten sei, der Kaufmann war mit sich dann dem Doctortitel aus Philadelphia gefaßt habe, dagegen erklärte es in der Ernährung des Aufenthalts in Plötzensee eine beleidigende Absichtlichkeit. Andererseits liege in dem Vorwurfe der Unwahrheit eine gröbere Beleidigung, als in dem Vorhalten der Vorstrafen gegenüber einer Persönlichkeit, die sich ohne Not in die Öffentlichkeit dränge. — Gegen dieses Erkenntniß hatte Prof. Dr. Strack die Berufung eingelegt. Simon May hatte seine gleichfalls eingegangene Berufung zurückgezogen, wie er gestern erklärte, auf den ihm von seinesgefechter Seite gegebenen Rat mit Rücksicht auf seine im December stattgefunden Laufe. — Der Vertheidiger des Professor Dr. Strack, Justizrat Leße, machte bei der Begründung der Berufung in A. darauf aufmerksam, daß sein Client ein auf conservativem, christlich-politischem Boden stehender Mann, Mitglied der Judentheiß, aber auch ein entschiedener Gegner des Antisemitismus sei, weil er denselben für unchristlich und klasseverherrzend halte. Die beiden Parteien fälschten selbst in der umfassendsten Weise zu Wort. — Simon May behauptete u. A., daß die bösen Gerüchte über ihn von dem Redakteur Schumann herrühren, der Polizeispieler sei und fürsich den Streit begangen habe, durch öffentliche Annonce einen Redakteur zu suchen, und die daraus eingehenden Offerten mit den Lebensläufen der Polizei zu übermitteln. — Professor Strack versicherte, daß ihm die Absicht der Beleidigung fern gelegen habe und daß er der Vorstrafe des Gegners nur Erwähnung gethan habe, um den Dr. Körner bezüglich seines Urtheils zu legitimieren. Er habe außerdem das geringere Vergehen des Bankrotts an die Stelle des größeren der Unterstzung legen lassen. Im Ubrigen erwähnte Professor Strack noch, daß Dr. Morgenstern ihm gegenüber thränende Augen bereut habe, den fraglichen Artikel geschrieben zu haben. — Das Berufungsgericht war der Ansicht, daß Professor Strack nur die Wahrheit gesagt habe, wenn er erwähnte, daß Simon May vorbestraft sei. Es sprach daher den Professor Strack frei. Auf der anderen Seite hielt es dafür, daß Simon May zweier Beleidigungen schuldig sei, und verurtheilte denselben daher zu 100 Mark Geldbuße event. 20 Tagen Haft und die Kosten beider Instanzen, sprach auch dem Professor Dr. Strack die Publicationsbefugniß im „Reichsboten“ und der Kreuzzeitung zu.

[Aus Kamerun.] Wie der „Elbers. Ztg.“ aus militärischen Kreisen berichtet wird, sind die Eingeborenen des Schutzgebietes Kamerun, welche seiner Zeit an Bord der Corvette „Bismarck“ zum deutschen Militärdienst eingestellt waren, im December v. J. in Folge Anweisung der Admiraltät von der „Elisabeth“ auf ihrem heimatlichen Boden, wo sie nunmehr dem Kriegerhandwerk obliegen sollen, wieder ausgesetzt worden.

* Berlin, 21. Januar. [Berliner Neugkeiten.] Betreffs der Marunge'schen Worbangelegenheit erfährt das „B. Ztg.“, daß die verhaftete Frau des Ermordeten, sowie deren Sohn gestern vor dem Untersuchungsrichter die Blutthat eingestanden haben.

Posen, 21. Januar. [Zur Bischofsfrage.] Dem „Kurier“ wird aus Berlin mitgetheilt, daß dort in gewissen Kreisen die Neuer-

zeugung herrsche, daß die Gnesen-Posener Angelegenheit in folgender Weise ihre Erledigung finden werde: „Da die Unterhandlungen in der Personenfrage augenblicklich nicht zu einem günstigen Ergebnis führen können, so werde der künftig in Berlin residirende päpstliche Nuntius, ein geborener Italiener, die Verwaltung unserer Erzdiözese provisorisch in Vertretung übernehmen und in dessen Namen werden von subdelegirten Offizienten in Posen und Gnesen die geistlichen Angelegenheiten erledigt werden.“ — Der „Kuryer“ bemerkte zu dieser Mitteilung: „Wir übernehmen keine Verantwortung für diese Neugkeit, welche der Ausdruck der Anschaungen gewisser Berliner Späher ist.“

Strasburg. 20. Jan. [Die Einweihung des israelitischen Krankenhauses] am Hagenauer Platz fand heute Nachmittag statt. Nach einem Berichte der „Straß. Post“ wohnten der Feier bei die Unterstaatssekretäre v. Puttkamer und Dr. v. Mayr, Bezirkspräsident Bac, Bürgermeister-Berwarter Stempel, die Beigeordneten Hochapel und Sengenwald, der Präsident des Consistoriums der Kirche Augsburger Confession, Petri, Polizeidirector Feichter; von Seiten des Landesausschusses die Abgeordneten Dr. North und Baron Charpentier. Der Präsident des Verwaltungsrates, Vicepräsident des israelitischen Consistoriums, Banquier Blum-Aucher, der Oberrabbiner Arou und der Präsident der hiesigen israelitischen Gemeinde, Gerichtssolischer Bauer, hatten an der großen Treppe des Krankenhauses Aufstellung genommen und empfingen dort den kaiserlichen Statthalter, Fürsten von Hohenlohe, und dessen Gemahlin und Tochter, welche um 2 Uhr im Krankenhaus zu der Feier erschienen waren. Als der kaiserliche Statthalter und die Fürstin, am Arme des Banquiers Blum-Aucher, mit der Prinzessin den Tempel betreten hatten, stimmte der Voränger und der Chor unter Orgelbegleitung das Eingangs-Lied an. Der Präsident des Verwaltungsrates, Banquier Blum-Aucher, hielt dann eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er die Geschichte des israelitischen Krankenhauses erzählte. In dem alten israelitischen Krankenhaus wurden seit 1878 bis Ende 1885 860 Kranken behandelt und gepflegt, von welchen ein Fünftel der christlichen Religion angehörte. Der Redner dankte dem Statthalter und der Versammlung für den Besuch und gedachte dann des verstorbenen Statthalters, des Generalfeldmarschalls Freiherrn von Manteuffel, der der Anstalt seine thatkärtige Hilfe zugelegt hatte, aber durch den Tod hieran gehindert wurde. Auf das Eruchen des Redners erhob sich die Versammlung zum Angeben des Verstorbenen. Der kaiserliche Statthalter, Fürst von Hohenlohe, erwiderte auf die Rede, daß es ihn sehr freue, der Einweihung beizuhören zu können. Er versicherte der Anstalt seine Hilfe, soweit ihm dies seine Stellung möglich mache. Mit einem Gebet schloß die schöne Feier kurz nach 3 Uhr. Der kaiserliche Statthalter und die übrigen Gäste bestiegen hierauf die Anstalt, welche nach allen Regeln der modernen Baukunst eingerichtet ist.

Bernisches aus Deutschland. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige, durch die Gefahr des Braunitwein-Monopols gedrückte Stimmung der Bürgerschaft hat die Nordhäuser Stadtverordneten-Versammlung die Übergabe eines Festes von Seiten der Stadt abgelehnt, welches die akademischen Turnvereine deutscher Universitäten vom 14. bis 16. Juni in Nordhausen veranstalten wollten.

Österreich-Ungarn.

Budapest, 20. Januar. [In der gestrigen Sitzung der äußersten Linken] wurde die Stellungnahme Ungarns zur auswärtigen Politik verhandelt. Gabriel Ugron, einer der hervorragendsten und angesehensten Mitglieder dieser Partei, warf die Frage auf, ob es nicht an der Zeit wäre, daß die Partei gegenüber der Richtung der auswärtigen Politik bestimmte Stellung nehme, und zwar müßte dies in der Weise geschehen, daß die Partei den Wunsch ausspreche und denselben im Parlamente vertrete, wonach Österreich-Ungarn aus dem Drei-Kaiserbündnisse austrete und ein engeres Verhältnis mit den Balkanstaaten anstrebe, auf die es durch seine Interessen am meisten angewiesen wäre. Die vornehmste Aufgabe der Monarchie sei, diese kleinen Staaten in ihre Interessensphäre einzubeziehen, und durch wohlwollende Wahrnehmung ihrer Aspirationen zu fesseln. — Julius Lukats sprach sich mit großer Entschiedenheit gegen diesen Antrag aus. Obgleich auch er es als wünschenswert erachte, das Bündnis mit Russland so bald wie möglich zu lösen, wäre dies im gegenwärtigen Punkte nicht ratslich. Die Monarchie würde dabei riskieren, auch ihren zweiten Alliierten zu verlieren, und würde in vollständig isolirter Stellung verbleiben. — Károly Thaly hält es nicht für opportun, mit dem deutschen Bündnisse zu brechen. Die Situation wäre ganz anderes, wenn Frankreich geographisch zu Ungarn näher läge. Nachdem dies nicht zu ändern, könne Ungarn das deutsche Bündnis nicht entbehren. — Nicolaus

Bartha unterstützt die Ansicht Ugrons, weil dieselbe den Ideen Ludwig Kossoffs am meisten entspreche. — Ludwig Moosary sprach im gleichen Sinne. — Am Schluss der Discussion erklärte Ugron, er nehme wahr, daß er in diesem Augenblicke seitens seiner Partei nicht genügende Unterstützung finde, was ihn veranlaße, den Antrag gegenwärtig zurückzuziehen. Er behält sich jedoch vor, denselben in einem gelegenen Zeitpunkte nach etwas größerer Klärung der orientalischen Frage neuerdings aufzutut zu bringen. — Abgeordneter Szabo nannte Baron Armin Podmanitzky und den Basler Obergespan Béla Sandor als diejenigen, die er bei seinen jüngsten Angriffen gemeint. Die Regierung wird wegen dieser Gutsfälle eine Untersuchung einleiten.

Frankreich.

Paris, 21. Januar. [Gegen Emile Zola] wurde wegen seines Romans „Germinal“, der schon im vorigen Frühjahr erschienen ist, eine auf Unmoralität lautende Anklage erhoben.

Großbritannien.

A. C. Loudon, 20. Januar. [Zur Lage.] Die Gerüchte, daß der Rücktritt Lord Salisbury's nahe bevorsteht, treten mit immer größerer Bestimmtheit auf. In angeblich gut unterrichteten politischen und diplomatischen Kreisen heißt es, daß die Minister, nach einer sorgfältigen Prüfung der Lage, zu dem Entschluß gelangt sind, daß sie ihrem Lande am besten dienen würden, indem sie die Aufgabe, Irland zu regieren, denen überlassen, die im Hause der Gemeinen nicht in einer hoffnunglosen Minorität sind. Die Dauer ihres ministeriellen Daseins wird auf höchstens zwei oder drei Wochen beschränkt. Erleidet die Regierung im Parlament eine Niederlage, so wird sie, wie es heißt, zurücktreten und von einer Parlamentsauflösung abssehen. Die Neubildung einer Regierung wird alsdann Herrn Gladstone obliegen.

Spanien.

[Über Marschall Bazaine's Leben in Madrid] schreibt ein Correspondent der „Daily News“: Der Marschall lebt mit seiner Frau, einer noch immer schönen und lebhaften Mexikanerin, in Madrid und zwar in leidlich angenehmen Verhältnissen. Seine Frau hatte einiges Vermögen, und durch die Erbschaft ihres mütterlichen Vermögens bezieht sie jetzt ein Einkommen von etwa 1400 Pf. Sterl. Frau Bazaine ist ihrem Mann in seinem Unglück eine treue Stütze gewesen. Der Marschall und seine Frau erscheinen ziemlich viel in den Kreisen der Madrider Aristokratie, namentlich aber auch im Hause des mexikanischen Gesandten, General Corona, desselben, welcher in Queretaro aus Kaiser Maximilians Händen dessen Schwert empfing. Als Admiral Jaurès französischer Botschafter am spanischen Hofe war, gab es wiederholt peinliche Auftritte, wenn er den Marschall traf. Der Admiral verließ jede Gesellschaft, in welcher Bazaine erschien. Von den Bonapartisten und von der Kaiserin Eugenie ist Bazaine übrigens auch in die Acht geladen. Die Erscheinung des ehemals brillanten Soldaten nimmt jetzt nicht mehr für ihn ein. Er ist stark gealtert, ist dick geworden und sieht aufgedunsen aus, dabei ist er nachlässig in seiner Kleidung, so daß es den Eindruck macht, als ob er in Dürftigkeit lebe. Er hat ein Buch über den mexikanischen Feldzug geschrieben und sich Jahre lang mit einer Vertheidigung seines Verhaltens in Mex. beschäftigt. Einer seiner Söhne ist in ein spanisches Jägerregiment eingetreten.

Portugal.

[Das portugiesische Protectorat über das Königreich Dahomey.] Am 10. September 1885 wurde ein Vertrag zwischen Portugal und dem „Prinzen Conhadu“, mutmaßlichen Thronerbener des Königreichs Dahomey, abgeschlossen, dessen wesentliche Bestimmungen nunmehr die „Nat. Ztg.“ mittheilt: Portugal übernimmt demnach das Protectorat über die ganze Küste von Dahomey. Der zweite Artikel des Vertrages besagt ausdrücklich, daß sämtliche Provinzial-Hebammen-Lehranstalten erforderlichen Gutachten sprachen sich dahin aus, daß mit Rücksicht auf den gegen früher wesentlich veränderten Stand der Geburthilfe schon seit Jahren die Verlängerung der Hebammen-Lehrcurse als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet werden müsse. Neben der mangelsartigen Vorbildung und Bildungsfähigkeit vieler Schülerinnen erblickten die Sachverständigen in dem Umstände, daß die Schülerinnen in 5—6 Monaten mit Aufsicht

Verträge wurde aber ein für die Civilisation an jener Küste noch viel wichtiger nicht schriftlicher Contract abgeschlossen, über den die in Lissabon erscheinende „Revue coloniale“ sehr werthvolle Enthüllungen macht. Danach hat der König von Portugal dem Könige von Dahomey erklären lassen: Letzterer könne auf Portugals Protectorat nur dann zählen, wenn er sich verpflichte, fortan der regelmäßigen Schlägerei der Kriegsgefangenen zu entsagen. Es war schwerlich die sich in Seiner schwarzen Majestät rührende Menschlichkeit, die ihn zu dem Verzicht auf sein, heilfängig in religiösen Vorstellungen begründetes, Schlägeregewerbe veranlaßte. Vielmehr war es die Angst des Königs von Dahomey vor der Annexion durch die Franzosen, die ihn zum Nachgeben bewog. Schriftlich sich zu binden, dazu war er freilich nicht zu bringen. Aber bis jetzt hat er sein Versprechen gehalten, und an den letzten großen Festen hat er den portugiesischen Behörden des Protectorats 1200 kriegsgefangene Neger geschenkt. Dafür hat freilich dieser schlaue Schwarze sich schadlos gehalten, indem er den in Dahomey ansässigen französischen Kaufleute eine Abgabe von 5 „Contos“ (25000 Francs) auferlegte, angeblich zur Strafe dafür, daß sie gegen die Portugiesen agitiert hätten. Ja, der König von Dahomey ging soweit, daß er sämtliche französischen Kaufleute „ausweisen“ wollte. Über diesen Punkt, überhaupt über die Stellung der Franzosen zum portugiesischen Protectorat, schwelen augenblicklich zwischen den Cabineten von Lissabon und Paris Verhandlungen, die einem friedlichen Abschluß nahe sein sollen. Deutsche Niederlassungen an der Küste von Dahomey gibt es nicht, wenigstens erwähnen die Actenstücke keine solche. Eine 1200 verschenkten, freigelassenen Schlägeropfer aber befinden sich noch jetzt unter dem Schutz der portugiesischen Behörden in Dahomey, an der Küste. Portugal geht jetzt mit dem Gedanken um, diese 1200 befreiten Neger nach den Inseln St. Thomas und Principe zu verschaffen und sie dort zu „freien“ Arbeitern zu machen unter dem Schutz des Gesetzes von 1878, welches das Verhältnis der Arbeiter zu den Plantagenbesitzern regelt. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die Streitigkeiten zwischen Portugal und Deutschland wegen einiger Colonialgrenzbestimmungen in diesen Tagen ihren bestiedigenden Abschluß gefunden haben.

Bulgarien.

[Ein Uta des Fürsten von Bulgarien.] Die „König. Ztg.“ heißt folgenden Uta des Fürsten Alexander mit:

Wir Alexander I., von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation Fürst von Bulgarien, haben, was folgt, verordnet: 1) Die Justizgesetze des Fürstenthums Bulgarien sollen vom 1. Januar 1886 (alten Stils) ab auch für Südbulgarien in Kraft treten. 2) Die am 6. September 1885 in suspenso gebliebenen und bis zum 1. Januar 1886 (alten Stils) der Entscheidung der ersten und zweiten Instanz unterliegenden Civil- und Criminalprozeßsachen sollen nach den Justizgesetzen des früheren Ostrumeliens zum Austrag gebracht werden. 3) Diejenigen Erkenntnisse der früheren ostromelischen Gerichte, welche in Civil- und Handelsfällen erlassen und am 1. Januar 1886 (alten Stils) in Rechtskraft erwachsen sind, sollen nach der Prozeßordnung des Fürstenthums vollstreckt werden. 4) Die Ausführung dieses Uta übertragen Wir unserem Justizminister. Gegeben in Unserer Residenz Sofia am 23. December 1885 (alten Stils). (gez.) Alexander. (gez.) Radostlawov, Justizminister.

Alexander hat somit begonnen, die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien praktisch durchzuführen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 22. Januar.

In der das Hebammen-Wesen betreffenden allgemeinen Verfügung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 6. August 1883 ist unter Anderem die Forderung der Verlängerung der Hebammen-Lehrcurse gestellt worden. Die auf Grund dieser Verfügung von den Directoren der Provinzial-Hebammen-Lehranstalten erforderlichen Gutachten sprachen sich dahin aus, daß mit Rücksicht auf den gegen früher wesentlich veränderten Stand der Geburthilfe schon seit Jahren die Verlängerung der Hebammen-Lehrcurse als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet werden müsse. Neben der mangelsartigen Vorbildung und Bildungsfähigkeit vieler Schülerinnen erblickten die Sachverständigen in dem Umstände, daß die Schülerinnen in 5—6 Monaten mit Aufsicht

zu hören. Leider war es nur die weniger bedeutende „Introduction-Cavatine“ Othello's, und zwar noch nicht einmal in ihrer Vollständigkeit. Der Allegro-Satz „Amor dirada il nembo“ war stark verkürzt und die Stretta „Io sento insiamarmi“, die dem Sänger Gelegenheit giebt, sein virtuosos Können im hellsten Lichte zu zeigen, wurde einfach weggelassen. Genau ebenso war im vorigen Jahre mit der großen Tenorarie im letzten Acte des „Teil“ verfahren worden. Das Wenige, was Herr Mierzwinski von dieser Arie sang, gehörte unter das Beste, was er an diesem Abend überhaupt sang. Überboten wurde es nur durch die Stellenne aus „Robert der Teufel“, welche in der Originalfassung (und sogar größtentheils im Takte) mit solcher Verve und unfehlbarer Sicherheit hervorgeschnitten wurde, daß man sich, obschon die Stellenweise sehr robuste Tongebung unangenehm berührte, mit dem donnernden Applaus und Da-Capo-Ruf allenfalls einverstanden erklären konnte. Die von Meyerbeer mit „léger“ bezeichnete Coloraturstelle wurde zwar keineswegs „léger“, sondern mit außergewöhnlicher Kraftausübung gesungen, aber die bald darauf folgende rapide Cadenz vom hohen bis zum tiefen c (zwei Octaven) und noch mehr der lange, in die Hauptmelodie zurückführende Triller entschädigten einigermaßen für den Ausfall.

Herr Georg Liebling aus Berlin hatte Herrn Mierzwinski gegenüber naturgemäß einen schweren Stand. Außer 7 Solostücken fiel ihm die ganze Begleitung zur Last, und das war, wie man nach dem schließen kann, was über die Freiheiten, die sich der Sänger nimmt, oben gesagt worden ist, eine wahre „Robearbeit“. Daß Herr Liebling aus diesen Fährnissen ledlich intakt hervorging und außerdem mit seinen Einzelvorträgen wiederholt aufmunternden Applaus erzielte, ist Alles, was unter sothenen Umständen erreichbar war. Von den zum Vortrag gelangten, weniger bekannten Clavier-compositionen seien besonders erwähnt ein Nocturne von (E.) Brassin und ein ansprechendes, pikantes und bequem auszuführendes Stück von M. Moszkowski (Air de ballet, op. 36. Heft 2. Verlag von S. Hainauer).

E. Bohn.

Der „Schunkelwalzer“ vor dem Reichsgericht.

Aus Leipzig wird uns unter dem 21. Januar geschrieben: Eine interessante Nachdrucks Geschichte beschäftigte am 14. und 21. Januar den III. Strafzenat des Reichsgerichtes, und zwar handelte es sich um die Frage, ob die Notenscheine der sog. „Ariston“ als mechanische Verstößigung von Musikstücken anzusehen seien. Das Ariston ist bekanntlich eine Art Drehschule, doch kann man darauf jedes beliebige Stück spielen, wenn man die betreffende Notenscheibe, auf welcher die einzelnen Noten durch verschiedenartig ausgestanzte viercellige Löcher angegeben sind, auf das Instrument legt. Wenn man an der Kurbel dreht, während keine Notenscheibe ausgelegt ist,

Concert von Ladislau Mierzwinski.

Herr Ladislau Mierzwinski, königl. preußischer und k. u. k. österreichischer Kammeränger, der im vorigen Jahre im Stadthöher mit großem Erfolg auftrat, stellte sich diesmal als Concertsänger vor. Über seine Stimme und seine musikalische Begabung ist damals eingehend berichtet worden, es wird also genügen, zu untersuchen, ob Herr Mierzwinski in irgend einer Beziehung Fortschritte gemacht hat oder nicht. Die Stimme an und für sich schien mir, soweit es sich bei verändertem Locale und gänzlich verschiedenen Vorbereitungen beurtheilen lässt, an Kraft, Fülle und Ausdauer gewonnen zu haben. Herr M. sang die fünf offiziellen Programmnummern und ebensoviel Dacapo's und Zugaben mit außerordentlicher Frische und kecken übermäßigen Drauflosgehen. Man muß sein Organ sehr genau kennen und seiner Sache ungemein sicher sein, wenn man Wagnisse à la Mierzwinski unternehmen will, ohne daß an ein mögliches Mißlingen auch nur zu denken ist. Die blendende Gewalt der Stimme und die absolute Herrschaft über sie, das sind die beiden Factoren, die Herrn Mierzwinski einen unbedingten und augenblicklichen Erfolg bei der Mehrzahl der Zuhörer sietsichern werden. Wenn die glänzenden hohen Töne kurz nach einer Pianostelle blitzartig herein einschneiden, dann ist man momentan, um einen vulgären und draufischen Ausdruck zu gebrauchen, vollständig „paff“, und hat kaum Zeit und Lust, ernstere musikalische Bedenken Raum zu geben. Da sich aber diese unerwarteten Überraschungen bei jeder Piece wiederholen, so wird man allmälig dagegen abgestumpft und kommt sehr bald dahinter, daß Herr Mierzwinski mehr durch naturalistische, als durch künstlerische Qualitäten sensationelle (das etwas abgenutzte Wort ist hier an seiner richtigen Stelle) Wirkungen erzielt. Wäre diese Stimme im Besitz eines musikalischen Sängers, so könnte man wirklich von einem Tenorkönig (echter Impresario-Ausdruck) sprechen. Das ist's aber gerade, was Herrn Mierzwinski fehlt und was er, selbst wenn er noch Jahrzehnte lang studirt, nie erreichen kann, weil es eben nicht angelernt werden kann, sondern angeboren sein muß. Dieses Unmusikalischsein, welches durch rein stimmliche Vorzüge nicht verdeckt werden kann, zeigt sich natürlich beim Concertsänger mehr, als beim Bühnensänger. Auf der Bühne tritt die Persönlichkeit — Herr Mierzwinski soll, wie man allenthalben aus weißlichem, also competentem Munde versichern hört, ein schöner Mann sein — das Costüm, die Mimik, die Action in so hohem Grade hervor, daß das gesangliche und musikalische Element nicht das allein Maßgebende bleiben kann; im Concertsaal werden alle diese Hilfsmittel unbrauchbar, und nur der Sänger, und zwar der künstlerisch gebildete Sänger, kommt in Betracht. Als Hauptfehler in der Behandlung der Stimme müssten im Vorjahe das länglich-schluchzende Althemboden und das häufige Deioniren gerächt werden. Eine Besserung ist nur insofern eingetreten, als das Zutstellen diesmal nicht so auffällig vortrat; am schlimmsten war es in der nach

aller Kräfte der Lehrenden und Lernenden sich zwar das nothwendige Maß der erforderlichen Kenntnisse aneignen, das mühsam Erlernte aber nicht fest genug eingeprägt werden könnte und darum sehr bald wieder vergessen werde, ein beklagenswertes Hinderniß einer geüngigen Ausbildung und der Erreichung des Lehrziels. Die Sachverständigen hatten sich im Allgemeinen für eine Verlängerung der Unterrichtskurse auf die Dauer von neun Monaten ausgesprochen, da der Schwerpunkt des Könnens und Wissens der Hebammen in der Praxis liege und die Schülerinnen der Anstalten, in welchen sie bei der jeweiligen kurzen Lehrzeit von 5—6 Monaten kaum zwei Geburten zu leiten hätten, zu wenig Gelegenheit hätten, das Gelernte anzuwenden. Der Verwirklichung dieser Forderung stehen aber die localen Verhältnisse der beiden Hebammen-Lehranstalten in Schlesien entgegen. Im Falle der Ausdehnung des Unterrichts von 5 auf 9 Monate in der hiesigen Anstalt würde nämlich jährlich nur noch ein Lehrkursus abgehalten werden können, da die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Anstalträume eine Zusammenlegung der bisherigen zwei Lehrkurse nicht gestattet und ein Erweiterungsbau nicht zu empfehlen ist. Es würden daher, selbst wenn in jeder der beiden Anstalten die Zahl der Schülerinnenstellen auf 40 erhöht würde, künftig in einem Jahre nur 80 Hebammen ausgebildet werden können, während in den letzten Jahren durchschnittlich jährlich gegen 90 Hebammen aus beiden Anstalten hervorgegangen sind. Es wurde von der Provinzial-Verwaltung daher zunächst die Frage erörtert, ob die hier nach sich vermindernde Zahl der Hebammen dem in der Provinz vorhandenen Bedürfnisse entsprechen würde. Zu diesem Behufe wurden statistische Erhebungen über die Zahl der vorhandenen Bezirks- und freipracticirenden Hebammen, über die Bevölkerungsziffer der einzelnen Hebammenbezirke, über den durchschnittlichen Abgang an Hebammen während der letzten 10 Jahre und über die Zahl der in den letzten Jahren in Schlesien zur Zahlung gelangten Geburten angestellt. Als Resultat derselben hat sich ergeben, daß es in Schlesien 1760 Bezirkshabammen und 658 freipracticirende Hebammen, zusammen 2418 Hebammen giebt, daß auf eine Hebammie 1613 Einwohner entfallen und daß jährlich durchschnittlich ein Abgang von 103,18 Hebammen stattgefunden hat. Hat hier nach die Zahl der jährlich ausgebildeten Hebammen kaum hingereicht, für die in Abgang gekommenen Hebammen Ersatz zu bieten, so erscheint die Zahl der künftig in einem Jahre auszubildenden Hebammen in Unbeacht der steigenden Zunahme der Bevölkerung auf die Dauer offenbar zu gering. Wenn auch von den in den letzten 8 Jahren in Schlesien mit jährlich durchschnittlich 160 890 gezählten Geburten auf jede der in der Provinz vorhandenen 2418 Hebammen jährlich nur kaum 67 Geburten entfielen, so läßt sich aus dieser Zahl nur in dem Falle ein zutreffender Schluss auf das wirklich vorhandene Bedürfnis ziehen, wenn alle Hebammen der Zahl der Geburten entsprechend gleichmäßig verteilt werden, was nicht der Fall ist. Hier nach mußte unbedingt auf eine Vermehrung der Schülerinnenstellen Bedacht genommen werden. Da eine solche aber in der Anstalt zu Oppeln kaum ausführbar erschien, und auch ein Erweiterungsbau der Breslauer Anstalt nicht zu empfehlen war, so drängte sich die Überzeugung auf, daß ein Neubau in einem weniger eng gebauten und verkehrreichen Theile Breslaus in einem Halle mehr hinausgeschoben werden könnte. Von den zu diesem Zwecke angebotenen verschiedenen Bauplänen ist sowohl der Lage als auch der Größe nach ein dem verstorbenen Rathsmaurermeister Schmidt hieselfst gehöriges, an der Kronprinzen- und Höfchenstraße gelegenes Grundstück am geeignetesten erachtet und für 142 500 Mark angekauft worden.

Die grundbuchamtliche Auflösung dieses Grundstücks hat vor einigen Tagen stattgefunden. Das auf denselben zu erbauende Hebammen-Lehrinstitut soll nach dem bereits aufgestellten Bauprojekt, welches auf 280 000 M. veranschlagt ist, für 75 Schülerinnen berechnet sein. Mit dem Bau wird im Frühjahr dieses Jahres begonnen werden, da die neue Anstalt spätestens im Herbst 1887 ihrer Bestimmung übergeben werden soll. Das jetzige Anstalt-Grundstück, Katharinenstraße Nr. 18, wird demnächst entbehrlich und zum Verkauf gestellt werden. Früher fiscalisches, ist dasselbe auf Grund des

§ 13 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 unter Übertragung aller dem Staate bezüglich desselben und der dazu gehörigen Vermögensobjekte zustehenden Rechte und Pflichten dem Provinzial-Verbande von Schlesien zur Verwaltung und Unterhaltung eigenthümlich überwiesen und am 10. Februar 1876 übergeben worden. Das selbe hat einen Flächeninhalt von 28 a 78 qm, liegt in einem der verkehrreichsten Theile der inneren Stadt und wird nach den bereits gemachten Kaufsofferten die Kosten des Grunderwerbs für die neue Anstalt reichlich decken. Wie wir schon mitteilten, hat der Provinziallandtag dieses Projekt in allen seinen Theilen genehmigt.

Bon der Universität. Zur Erlangung der juristischen Doctorwürde wird Herr Gerichts-Referendar Friedrich Koppel zu Breslau am Montag, den 25. Januar ex., Vormittags 12 Uhr, seine Inaugural-Dissertation „Haftet der Auftraggeber dem Beauftragten für den zufälligen Schaden, welchen dieser bei Ausführung seines Auftrages erlitten hat?“ im Musikaale der hiesigen Universität öffentlich vertheidigen. Als Doyonaten fungiren die Herren Gerichts-Referendar Emil Koppel, Gerichts-Referendar Emil Majur und Gerichts-Referendar a. D. Dr. jur. Caesar Schöps.

Trautmann'sches Orchester. Im vorigestrichen, dreizehnten Donnerstag-Concert der Trautmann'schen Capelle (Cyclus II, Concert I) kam Rubinstein's „Ocean-Sinfonie“ zur Aufführung. Beim zweiten Satz merkte man so recht, wie der Componist im Schweiz seines Gesichtes arbeitete, um etwas Ordentliches zu Tage zu fördern. Ganz anders erscheint dagegen der erste Satz: da ist geniale Erfindung mit großer Gestaltungskraft im Bunde, da ist frisches, gesundes, warmherziges Leben, und in großen, edlen Zügen malt uns hier Rubinstein ein gar prächtiges musikalisch Seestück. Die Ausführung der Sinfonie seitens des Orchesters ist ohne Rückhalt als eine vorzüglich zu bezeichnen; ungemein klar und präzis färbt die kraulen Figuren der Holzbläsinstrumente im ersten Satz zu Gehör, eine Klippe, an der man leicht scheitern kann. Außer der Sinfonie enthielt das mit Feinsinnigkeit gemählte Programm noch die Ouvertüren zu „Desondas“ von Spohr, zu „Mignon“ von Ambroise Thomas und zu den „Luftigen Weibern von Windsor“ von Nicolai, alle drei frisch executiert. Nur daß der Bassaufzug kurz vor dem Schluss der „Mignon“-Ouverture in einem reinen D-dur-Accord F statt Fis blies! Weiter wurden noch gespielt: „Vom Fels zum Meer“, Marsch von Franz Liszt, Entr'Acte Nr. 2 (nicht, wie das Programm angab, Ballettmusik) aus der „Rosamunden“-Musik von Franz Schubert, Furiantanz und Reigen feliger Geister aus „Orpheus“ von Glück und ein Adagio für Streichquartett von Wothe. Der Liszt'sche Marsch gehörte nicht gerade zu dem Besten, was dieser Meister geschrieben, klingt aber brillant. Von großer Schönheit ist hingegen der Entr'Acte zu „Rosamunde“, der aber vom Publikum unverdientermaßen früh aufgenommen wurde. Das Wothe'sche Stück ist sauber gearbeitet und macht einen freundlichen Eindruck; es wurde schön vorgetragen. Bei dem Reigen feliger Geister hätte wir das Quartett, besonders die ersten Geigen, decenter im Accompagnement der Flöte gewünscht. Alles in Allem — es war wieder ein interessantes Concert!

11. Bezirksverein der Odervorstadt. Zum ersten Male lagte am 21. d. M. Abends 8 Uhr, in der Enders'schen Bierhalle (Bismarckstraße 21) der bisherige „Rechte-Oder-Ufer-Bezirksverein“ unter der obigen Benennung, Gründet wurde die zahlreich besuchte Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Expeditions-Vorsteher Melzer. Zunächst gelangte die Petition an den Magistrat, betreffend die Durchlegung der Heinrichstraße nach dem Matthiasplatz, deren Inhalt wir bereits in extenso mitgetheilt haben, zur Verlelung. Sodann schritt man zur Beratung zweier vom Vorstand gestellter Anträge. Der erste Antrag betrifft die Herbeführung einer besseren Beleuchtung der Hundsfelder und Osswiler Chaussee, über deren Mangelhaftigkeit schon seit Jahren vergeblich Klagen geführt werden. Herrn Geier's im Namen des Vorstandes gestellter Antrag, in dieser Angelegenheit bei der städtischen Sicherheitscommission vorstellig zu werden, wurde widerspruchlos angenommen. Herr Melzer schilderte hierauf die constante Unzufriedenheit der Osswiler Straße an dem Bauduct der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn. Die Versammlung beschloß, das Königl. Polizeipräsidium zu ersuchen, hierin Remedium zu schaffen, event. soll der Vorstand mit dem Polizeicommissarius des betreffenden Reviers Rücksprache nehmen. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten hielt Herr Oberlehrer Dr. Pfenniger seinen angelübten Vortrag über die überseelischen Besitzungen Deutschlands, welcher von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Sodann trat die Versammlung in die Besprechung der Feier des diesjährigen Stiftungsfestes ein. Fast einstimmig wurde der Antrag des Vorsitzenden angenommen, daß das Stiftungsfest im Laufe des Monats Februar stattfinden soll. Der Vorstand habe die dazu nothwendigen Vorbereitungen zu treffen. Aus der Vereinskasse wurden 100

+ **Wohnungswechsel.** Am diesmaligen Neujahrsquartal haben hierorts 1100 Familien, im Ganzen 7350 Personen, wozu auch Dienstmädchen, Diener, Kutscher, Ladenmädchen und sonstige Schlaflässleinbewohner gehören, ihre bisherigen Quartiere gewechselt. — Aus Breslau verzogen sind 3275 Personen, hingegen hierorts zugezogen 3650 Personen, so daß eine Zunahme von ca. 370 Personen zu verzeichnen ist. — Unvermiethet

geblieben sind ca. 1500 Wohnungen, die zum größeren Theil in den entstandenen Neubauten der verschiedenen Vorstädte vorhanden sind.

Führerwerks-Berufsgenossenschaft. Wie bereits mitgetheilt, sind die Fuhrunternehmer und Posthalter-Besitzer des Deutschen Reiches durch das Reichsversicherungs-Amt zur Bildung einer Unfall-Berufsgenossenschaft auf Sonnabend, den 30. d. M., zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Als Vertrauensmänner der hiesigen Stadt und des Kreises werden die Fuhrunternehmer Gustav Klein, Victoriastraße 17, E. Heymann, Löschstraße 16 und Posthalter-Besitzer Holm, Gabitzstraße, der Versammlung anwohnen.

Hörnerschlittenfahrt. Die Section Breslau des Niederschlesischen Vereins unternimmt morgen, Sonnabend, den 23. Januar, Mittags 1 Uhr, mittelst der Freiburger und Bergungs-Bahn eine Fahrt nach Schneideberg. Die aus 52 Theilnehmern bestehende Gesellschaft begibt sich sofort per Wagen nach den Grenzbauden, um von hier aus eine Hörnerschlittenfahrt zu Thal zu veranstalten. Am vorigen Sonnabend hatten 63 Personen von Agnetendorf aus die Petersbaude besucht, und von hier aus eine Hörner-schlittenfahrt unternommen.

Nadafahrt-Sport. Die Vorbereitungen und Übungen zu dem vom I. Breslauer Nadafahrer-Verein zu veranstaltenden Gala-Nadafahr-Fest schreiten rüdig vorwärts. Die Übungen, welche im Schießwerdersaal stattfinden, berechtigen zu der Erwartung, daß die Leistungen nicht nur jeden Laien, sondern auch jedem Sportsmen überraschen werden. Da jetzt schon die Generalproben stattfinden, so ist der Eintritt an den Übungsenden von nun an nur Mitgliedern des Vereins gestattet.

ββ = Die Nummerierung der Grundstücke der Sternstraße hat eine dankenswerthe Regulirung erhalten, welche bereits in dem neuen Adressbuch Veröffentlichung gefunden hat. Die Neunummerierung ist nach dem jetzt geltenden Prinzip der Verlegung der geraden Nummern nach der einen, der ungeraden nach der anderen Straßenseite erfolgt. Die ungeraden Nummern trägt die Südseite der Straße, vom Gneisenauplatz aus die rechte. Vom Gneisenauplatz beginnen auch die Nummern mit 1 und verlaufen bis „An Brigittenthal“, mit der Nummer 55 schließend. Die linke Seite trägt, ebenfalls vom Gneisenauplatz beginnend, die geraden Nummern von 2 bis 74. Die frühere Bezeichnung der Grundstücke mit Buchstaben neben Zahlen — auf der Sternstraße hatte man beispielsweise die Nummer 8 sich wiederholend mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f, g, h, i und k — ist durch die Neunummerierung ganzlich beseitigt. Daß gegen die früheren Bezeichnungen namhafte Verschiebungen erfolgt sind, ist selbstverständlich. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, der Botanische Garten, welcher früher die Nr. 9 trug, jetzt mit der Nummer 23 bezeichnet. Eine ähnliche baldige Regulirung der Numeration der Grundstücke würde sich auch für andere Straßen empfehlen; wie nennen nur die Klosterstraße, wo sich z. B. die Nr. 1 mit den Buchstaben von a bis incl. f wiederholt und namentlich Fremden, die auf die Zahl beigebenen Buchstaben weniger achten, das Aufsuchen der gewünschten Wohnungen erschwert.

ββ = Der Kranken-Unterstützungs- und Sterbe-Kassen-Verein „zum goldenen Frieden“, welcher nunmehr seit 40 Jahren (gegründet 1845) hier selbst besteht, erfreut sich eines steten Wachstums. Nach dem für das Jahr 1885 erfolgten Kasenabschluße hat der Verein zur Zeit 789 Mitglieder. Das Vereinsvermögen, welches in Schlesischen Pfandbriefen, Oberösterreichischen Eisenbahn-Prioritäten, Breslauer Stadt-Anleihen bei der Generallandschaft angelegt ist, hat sich auf 13411 Mark 59 Pf. erhöht.

B. Die Feuerwehr rückte heute Vormittag 11 Uhr 30 Minuten vor das Grundstück Neue Tauenzienstr. 79. In einer daselbst im 4 Stock gelegenen Küche hatte eine Bettstelle mit Bettien, ein Kohlenkorb und mehrere Kleidungsstücke Feuer gefangen. Noch vor Ankunft der Feuerwehr war jedoch die Gefahr durch Hausbewohner beseitigt. Es liegt die Vermuthung vor, daß das unachtsame Wegwerfen eines brennenden Streichholzes die Entstehungsursache des Brandes gewesen.

B. Gardinenbrand. Gestern Abend wurde in der Zeit von 8 Uhr 53 Min. bis 8 Uhr 57 Min. von drei Stationen aus durch Telegraph und Telephon Feuer gemeldet. Zunächst meldete der Aufseher Herrner, welcher beim Abladen des Schnees am Ausgang der Weißgerbergasse beschäftigt ist, durch das im Schlachthof befindliche Telefon den Ausbruch eines Stubenbrandes in der Werderstraße. Er hatte von seinem Arbeitsplatze aus das Brennen der Gardinen in dem jenseits der Oder gelegenen Hause bemerkt. Noch ehe die Feuerwehr zum Abmarsch fertig war, kamen die Signale von den Stationen im alten Waffenturm und von Werderstraße 15. Die Feuerwehr fand bei ihrem Anfunkt keinen Anlaß zur Entfaltung ihrer Thätigkeit, denn die Hausbewohner hatten das Feuer, welches in einer im Grundstück Werderstraße 4 im dritten Stock gelegenen Schlaftube ausgebrochen war, und lediglich die Gardinen und Fensterrahmen entzündete, bereits durch eigene Thätigkeit unterdrückt. Das Feuer soll dadurch entstanden sein, daß aus dem durch die Stube führenden Ofenrohr Funken auf die Gardinen geslogen sind.

B. Vergiftung. Der auf der Sedanstraße wohnhafte 44-jährige Klemptnergezelte Herrmann B. versuchte am 19. d. M. durch Genus einer Quantität Salzfäuse seinem Leben ein Ende zu bereiten. In schwer frankem Zustande wurde der Lebensmüde nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft, wo er trotz aller angewandten ärztlichen Hilfe am 20. d. früh, unter unzähligen Schmerzen verschied.

Der in seinen „Milesischen Märchen“, von denen uns leider nur sehr spärliche Bruchstücke erhalten sind, interessante von damaligem Leben und Lieben erzählt. Ob Ernst Ecstein dieser „Milesischen Märchen“ bei der Abschaffung seines Romanes gedacht? — Beinahe möchten wir es glauben; wenigstens trägt sich hier manches fast Märchenhafte zu, und auch in bestem Sinne werden wir an die Frische und Anschaulichkeit damaliger Schreibweise erinnert. In die Mitte des 6. Jahrhunderts v. Chr. führt uns der Roman. Sein Anfang läßt uns das Allerbeste erwarten. Akontios, ein junger Bildhauer, die Hauptfigur der Dichtung, der bisher in Athen gelernt und gearbeitet, zieht in die berühmte Seestadt Milet ein, wo er von den kunstfertigen Bewohnern Beschäftigung in seiner Kunst erhofft. Ein Landhaus am Wege hemmt seinen Schritt, und die sich bald entspinnende Scene mit den milesischen Wüstlingen, Konon und Oloros, die sich zudringlich um Gunstbezeugungen des schönen Blumenmädchen Neaira bewerben, führt uns nicht allein in Mitten griechischen Thuns und Treibens, sondern erinnert uns auch fesselnd erheitert von dem Licht hellenischen Geistes. Das Blumenmädchen Neaira erachten wir überhaupt für die dichterisch gelungene Gestalt des Buches; wie sie steht und wie sie hält, ist lebensnah, in ihrer Wonne und ihrer Verzweiflung ist sie ein echtes Naturkind mit elementaren Impulsen; Neaira ist als ein consequent durchgeführter Charakter plastisch gestaltet. Kydippe dagegen, die eigentliche Heldin des Buches, die Tochter des Archonten von Milet, Choridemos, das bildschöne Weib, für das Akontios in Liebe entbrennt, derenwegen er Neaira verachtet, deren Schönheit ihn zu einem Bildwerk der Göttin Aphrodite begeistert, tritt eigentlich aus ihrem Scheibenleben nicht heraus; der Dichter hat ihr wohl eine herrliche Gestalt, doch nicht Blut und Leben gegeben. Auch die Art, auf die der arme Künstler des mächtigen Archonten Tochter zum Weibe gewinnt, halten wir für nicht glücklich erfunden. Es mag sich auch hier ein Stück griechischer Cultur abspiegeln, wir können uns aber des Müßbegangs über das Eingehen einer schändlichen List, die im Grunde genommen von dem Venuspriester Melanippus doch mir aus Rache gegen den Archonten Choridemos ins Werk gesetzt wird, nicht erwehren. — Zu den Füßen der Kydippe, die mit zwei Gefährtinnen sich im Tempel der Aphrodite für die am nächsten Morgen stattfindende Frühlingsfeier durch Andachtssübungen vorbereitet, rollt auf geheimnisvolle Weise ein Apfel; sie nimmt ihn auf und liefertstaunt die darauf befindliche Inschrift laut den Gefährtinnen vor: „Ich, Kydippe, schwöre bei der unsterblichen Aphrodite: Akontios, der Bildhauer aus Mylasa, wird mein Gemahl!“ Da war's geschafft — ein Schwur im Tempel der Venus gesprochen, mußte unweigerlich gehalten werden; der stolze Archont wird durch das mit Aufzehr drohende Volk gezwungen, seine Einwilligung zu dem unerhörten Bündniß zu geben, uns aber stimmt für diese Art der Ehestiftung, auch das Erwachen der Liebe in Kydippe nicht versöhnlischer, es will uns scheinen, als ob Kydippe mehr durch den Widerstand gereizt, als durch ein innerliches Richtanderbündniß, sich für Akontios erklärte. Wir finden in dem Roman aber auch einige epische Höhepunkte, Ecstein's Ruf als den eines hervorragenden Erzählers aufs Neue rechtfertigend, und was uns als besonders rühmenswert erscheint, ist, daß trotz aller archäologischen Treue in den Details sich nirgends eine archaische Geschichtlichkeit breit macht, die nun einmal entschieden in den Roman nicht hinein gehört. Es gewährt Aphrodite übrigens durch die graciöse, schwungvolle und blühende Schreibweise sicher eine angenehme Lecture und wird den Kreis der Freunde Ecstein's gewiß noch erweitern.

währt bei uns das Gesetz Schutz gegen unberechtigte Aufführungen. Wie die graphische Darstellung erfolgt sein muß, davon sagt das Gesetz gar nichts. Wenn z. B. irgend ein Werk über praktische Telegraphie in die Zeichen des Morse'schen Telegraphenapparates übersetzt würde, so wäre das ganz gewiß ein Schriftwerk in dem gewöhnlichen Sinne, denn die Zeichen sind für die Interessenten verständlich, und der Richter würde darin zweifellos einen Nachdruck erblicken. Denken wir uns, daß die gewöhnliche Notenschrift verlassen wird, und es würde z. B. das dreigestrichene c durch c⁸ dargestellt. Aehnlich liegt hier die Sache.emand, der sowohl die gewöhnliche Notenschrift als die für die Akstions nötigen Zeichen kennt, nimmt das Notenblatt vor sich und zeichnet in die Pappschleife das Loch ein, welches der betreffenden Note entspricht. Das ist doch unzweifelhaft eine Copie des Notensteines, nur mit etwas anderen Zeichen. Diese Copie wird dann in der mechanischsten Weise von der Welt (durch Lithographie und durch Ausstanzen der Löcher) vervielfältigt. An einem solchen Instrumente ist überhaupt alles mechanisch. Ich bin demnach der Ansicht, daß ein Nachdruck vorliegt. Daß durch eine solche Rechtsanschauung eine Industrie gefördert wird, kann man vom nationalökonomischen Standpunkte aus bedauern, aber vom rechtlichen Gesichtspunkte aus kann man nur sagen: Mögen sich die Herren Fabrikanten mit den Componisten verständigen. Die Angeklagten haben das ja auch schon in anderen Fällen gethan. Liegt eine Strafhat und eine Strafbarkeit vor, dann weiß ich nicht, wie das Landgericht Leipzig, das sonst so gut und sorgfältig gearbeitete Urtheile liefert, zu der Ansicht kommen könnte, daß noch ein ganz spezieller Antrag auf Einziehung der Instrumente resp. Nachdrucks-Exemplare vorliegen möge. Ich beantrage, auf Einziehung zu erkennen und im Ubrigen die Revision der Angeklagten zu verwerfen.

Der Reichsanwalt beanstandete zunächst die Zulässigkeit der Revision, Reichsanwalt Dr. Seelig, wies zunächst darauf hin, daß die Angeklagten, obwohl freisprechend, ein wesentliches Interesse daran hätten, daß ihre Notenscheine nicht als Nachdruckeremplare angesehen würden, da hier von die ganze Erfahrung der betreffenden Industrie abhänge. Im Ubrigen suchte er nachzuweisen, daß die Notenscheine kein Schriftwerk und kein Product mechanischer Vervielfältigung seien.

Der Reichsanwalt bestandte zunächst die Zulässigkeit der Revision, Reichsanwalt Dr. Seelig, wies zunächst darauf hin, daß die Angeklagten, obwohl freisprechend, ein wesentliches Interesse daran hätten, daß ihre Notenscheine nicht als Nachdruckeremplare angesehen würden, da hier von die ganze Erfahrung der betreffenden Industrie abhänge. Im Ubrigen suchte er nachzuweisen, daß die Notenscheine kein Schriftwerk und kein Product mechanischer Vervielfältigung seien. Von einem Schutz der Melodie, wie in Frankreich besteht, wird man nicht sprechen können, dafür ge-

Roman aus Alt-Hellas von Ernst Ecstein. Leipzig, Carl Reinhart, 1885.) Der nach vielen Richtungen hin reich talentierte Dichter Ernst Ecstein ist in der letzten Zeit zu einer Popularität gelangt, die sich weniger auf die Qualität, als auf die Quantität seiner Schöpfungen zurückführen läßt, und die uns, die wir häufig und gern die Bedeutung des eben so liebenswürdigen als geistvollen Schriftstellers anerkennen, durchaus nicht immer mit Befriedigung erfüllt. In den meisten größeren deutschen Journals begegnen wir jetzt dem Namen Ernst Ecstein, und zu solcher Bielpromotion reicht wohl der Fleiß, anscheinend aber nicht die Erfindungskraft des Dichters aus. Als einen Beweis hierfür betrachten wir auch seinen neuesten Roman aus Alt-Hellas „Aphrodite“.

Der Schauplatz des Romanes ist Milet, die einst so blühende Colonie

Statt besonderer Meldung.
Die Verlobung unserer ältesten
Tochter Jenny mit Herrn Siegismund Goldschmidt aus Lissa, R.-B.
Posen, beehren wir uns hierdurch
ergebenst anzuzelgen. [1641]

Breslau im Januar 1886.

J. Neman und Frau,
geb. Levy.

Jenny Neman,
Siegismund Goldschmidt,
Verlobte.
Breslau. Lissa, R.-B. Pos.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Siegismund Glücksmann,

Paula Glücksmann,

geb. Friedländer. [1659]

Breslau, den 19. Januar 1886.

Statt jeder besonderen Meldung.
Ihre stattgehabte eheliche
Verbindung erlauben sich
ganz ergebenst anzuseigen.

Emil Brickmann,
Lieutenant a. D.,
Selma Brickmann,
geb. Hildebrand.

Breslau, den 21. Jan. 1886.

Die Geburt eines muntern Knaben
zeigen hoherfreut an [1637]
Raphael Goldring und Frau,
geb. Salz.

Breslau, den 22. Januar 1886.

Die glückliche Geburt einer muntern Tochter zeigen hoherfreut an
D. Heyner und Frau, [1650] geb. Rothenberg.

Breslau, den 22. Januar 1886.

Heute früh starb nach kurzem schwerem Leiden unsere vielgeliebte Tochter [1656]

Margarethe,
im Alter von drei Jahren.

Um stille Theilnahme bitten
Bruno Kolker und Frau Louise, geb. Sachs.
Breslau, den 22. Jan. 1886.
Trauerhaus: Wallstrasse 8.
Beerdigung: Sonntag, den 24., präcise 2½ Uhr Nachmittag, von der Leichenhalle des israelischen Friedhofes aus.

Nach Gottes unerforschlichen Rath schließt entrückt uns heut der Tod unsere einzige, geliebte

Elsa
im Alter von 6 Jahren 4½ Mon.

Im grenzenlosen Schmerze Fremden und Bekannten diese traurige Nachricht. [1319]
Ostrowo, den 21. Jan. 1886.
Wilh. Bernhardt und Frau, Hotelbesitzer.

Nach langem Leiden verstarb am gestrigen Abende unser allverehrter Freund, der Brauereibesitzer

Herr Adolf Sindermann.

Seit länger als einem Vierteljahrhundert der unterzeichneten Gesellschaft angehörig, hat er durch sein liebenswürdiges Wesen und durch seinen edlen Charakter die Herzen Aller zu gewinnen verstanden und sich ein bleibendes Angedenken in unserm Kreise gesichert. Er ruhe in Frieden! [1329]

Breslau, den 22. Januar 1886.

Die „Mittwoch-Gesellschaft im Volksgarten“.

Todes-Anzeige.

Am 21. d. Mts., Abends 6½ Uhr, starb unser hochverehrter Innungs-Obermeister

**Herr Brauereibesitzer
Adolf Sindermann.**

Der Verstorbene gehörte seit einer langen Reihe von Jahren unserem Vorstande an und hat durch seine unermüdliche Tätigkeit die Innungs-Angelegenheiten auf das Beste geleitet und gefördert.

Die Innung erleidet durch seinen Tod einen unersetzlichen Verlust; denn der Verstorbene war nicht allein allen Innungs-Genossen ein gewissenhafter Berater, sondern auch ein treuer, wohlmeynender Freund.

Sein Andenken wird immerdar in Ehren gehalten werden.

**Der Vorstand
der Breslauer Mälzer- und Bierbrauer-Innung.**

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Januar er., Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt. [1655]

Am 20. d. M. verschied nach längerem Leiden unser lieber Vereinsgenosse

Herr August Reimann.

Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Breslau, den 22. Januar 1886. [490]

Der Kaufmännische Verein „Union“.

Gestern verschied nach langen und schweren Leiden

der Hüttenbesitzer

Herr Edmund Glaeser,

Ritter des Königl. Kronenordens IV. Klasse.

In dem Verbliebenen hat unsere Stadt einen ihrer besten Bürger verloren, dessen Scheiden in voller Manneskraft sie auf das Schmerzlichste beklagt.

Länger als 25 Jahre hindurh hat der Verstorbene bis vor wenigen Wochen, wo schwere Krankheit ihn zum Rücktritt von allen öffentlichen Aemtern zwang, als Mitglied und Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung mit seltener Hingabe und Treue seine hohe geistige Begabung und seine praktischen Erfahrungen in den Dienst unserer Commune gestellt, deren Wohl und Ansehen zu fördern, sein unablässiges Bestreben war.

Ein geborener öffentlicher Charakter, ist er ganz besonders der Träger des ehrenden Vertrauens gewesen, mit welchem seine Mitbürger ihn durch die Berufung in die verschiedensten Ehrenämter der Stadt, des Kreises und der Provinz ausgezeichnet haben.

Als ein Vater der Armen und Bedrängten widmete er den Wohlthätigkeits-Anstalten seine ganz besondere Aufmerksamkeit und manches gute Werk, dessen sich unsere Stadt rühmen kann, verdankt ihm einen erheblichen Theil seines Gedächtniss, wenn nicht überhaupt sein Entstehen.

Sein biederer Charakter stellte ihn auch im Privatleben als Mensch so hoch, dass Jeder, der ihm näher zu treten Gelegenheit hatte, ihm für seine stete Bereitwilligkeit zu raten und für seine selbstverleugnende Liebe und Freundschaft eine unvergessliche Erinnerung bewahren wird.

Darum wird auch das Andenken des Entschlafenen sein irdisches Wirken weit überdauern und in unserer Bürgerschaft im grössten Segen bleiben.

Neusalz an der Oder, den 22. Januar 1886. [1336]

Der Magistrat. Die Stadtverordneten.

Gestern Abend 6½ Uhr endete ein sanfter Tod das theure Leben unseres geliebten Gatten und Vaters, des Brauereibesitzers

Herr Adolf Sindermann
im 59. Lebensjahre. Dies zeigen hierdurch statt besonderer Meldung an [1627]

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Breslau, den 22. Januar 1886.

Die Beisetzung findet Sonntag, Nachmittag 3 Uhr, auf dem alten Kirchhof zu 11000 Jungfrauen an der Trebnitzer Chaussee statt.

Hente Nachmittag 6½ Uhr entschlief sanft nach langen Leiden unser hochverehrter Chef, der Brauereibesitzer

Herr Adolf Herrmann Sindermann.

In dem Dahingeschieden verlieren wir nicht blos einen höchst edlen Prinzipal, sondern auch einen wirklich väterlichen Freund von ehrenhaftestem Charakter.

Sein Andenken werden wir stets hoch in Ehren halten.

Breslau, den 21. Januar 1886. [1628]

Das Gesamt-Personal des Pariser Garten.

Gestern Abend endete nach schweren Leiden das in treuer Häßlichkeit und hingebender Liebe, wie seiner Familie, so auch dem allgemeinen Wohle gewidmete Leben unseres Gemeinde-Kirchenratsmitgliedes, früheren Kirchenvorstehers,

des Herrn Brauereibesitzers

Adolf Sindermann.

Sein Andenken wird unter uns ein bleibendes und gezeugtes sein. [1629]

Breslau, den 22. Januar 1886.

Die Gemeinde-Körperschaften

der Parochie Elftausend Jungfrauen.

Am 21. d. Mts. verschied nach langem und schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren 8 Monaten der Brauereibesitzer und Obermeister der Mälzer- und Bierbrauer Innung,

Herr Adolf Sindermann.

Der Entschlafene war seit dem Jahre 1872 Vorsteher unseres Hospitals. Wir betrauern in ihm einen Vorgesetzten, der durch seinen edlen, ernsten und fürsorglichen Charakter sich die Liebe und Achtung Aller erworben hat. Ein ehrendes Andenken werden wir ihm stets bewahren. [1633]

Das Hospital zu 11000 Jungfrauen.

Gestern Abend entschlief unser früherer Schulvorsteher, der Brauereibesitzer

Herr Adolf Sindermann.

Dreizehn Jahre lang hat er das Interesse unserer Schule auf das Sorgsamste gepflegt und sich dadurch in unserm Herzen ein bleibendes Andenken gesichert.

Breslau, den 22. Januar 1886. [1654]

Das Lehrer-Collegium der ev. Mädchenschule Nr. 8.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, gestern Abend unser hochverehrtes langjähriges Mitglied,

Herr Brauereibesitzer

A. H. Sindermann,

aus seiner segensreichen Wirksamkeit in diesem Leben abzurufen. Der Verstorbene war uns immer ein lieber Freund und treuer Berather, der mit seiner reichen Erfahrung uns oft zur Seite stand. Wir werden sein Andenken allezeit hoch in Ehren halten. [506]

Breslau, den 22. Januar 1886.

Verein schlesischer Gastwirthe zu Breslau, Carl Maenchen, Vorsitzender.

Ohlauerstraße 78,
vis-à-vis dem Hotel
zum weißen Adler.

Gebrüder Lierke | Ohlauerstraße 78,
vis-à-vis dem Hotel
zum weißen Adler.

Mode- u. Seiden-Waren-, Confections-, Möbelstoff- und Teppich-Magazin.

Großer Inventur-Ausverkauf
an allen Lägern unseres Magazins zu fabelhaft billigen Preisen.

Der Verkauf findet nur
gegen Barzahlung
ohne jeden Abzug statt.

Schwarz Cachemire
zu
Original-Fabrik-Preis-Listen.

Die ersten Neuheiten in Kleiderstoffen für die Frühjahrs-Saison sind eingetroffen und hat der Proben-Versand begonnen.

Am 17. d. Mts. verschied zu Magdeburg der Prediger der freireligiösen Gemeinde

Herr Theodor Hofferichter.

Wir betrauern in dem Entschlafenen nicht nur einen Mitbegründer unseres Vereins, für dessen Ausbreitung und Erstärkung er während einer dreissigjährigen Thätigkeit als Vorstandsmitglied mit vollster Hingabe gewirkt hat, sondern auch einen lieben Freund von grosser Herzengüte und edlem Charakter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Breslau, den 21. Januar 1886. [501]

Der Verwaltungs-Rath
des Gesundheits-Pflege-Vereins.

Der Pariser u. Volksgarten
bleiben Sonntag, den 24. Januar,
von 1—5½ Uhr geschlossen. [1652]

Trauerkleider
in reinwollen Stoffen empfiehlt
zu billigen Preisen

L. Grünthal, Königsstraße 1. [1039]

Restaurant und Hôtel
Eduard Scholz,
vormals Labuske
75 Ohlauerstrasse 75.
Angenehmer Aufenthalt im Mittelpunkt der Stadt.
Bei Verabreichung gepflegter Biere u. gewählter Speisen.

Eduard Scholz,
Delicatessen-händler.
Ohlauerstrasse 9. [1332]

Total-Ausverkauf.
Wegen Aufgabe des Geschäfts
verkaufe ich mein Waarenlager,
bestehend aus
Wäsche, Tricotagen, Cravatten,
Tischzeug, Handtüchern, Leinen etc. etc.,
zu spottbilligen Preisen.

Louis Fränkel,
Ring 52. [1317]

Um mit unseren großen Vorräthen schnell zu
räumen, verkaufen wir
Tüll-Volants-Spitzen { in bewährter
von 35 Pf. das Meter an reuester Qualität.
Wir machen auf diese
beispiellose Billigkeit
ganz besonders aufmerksam.
Freudenthal & Steinberg,
Breslau, Ohlauerstraße 83.

Breslau-Warschauer Eisenbahn.
Mit sofortiger Gültigkeit tritt zu unserem Local-Tarif für die Beförde-
lung von Personen und Reisegepäck vom 1. März 1878 ein Nachtrag V
in Kraft, welcher eine Zusatzbestimmung zu § 33 des Betriebs-Reglements
betrifft: die Behandlung der auf der Eisenbahn zurückgelassenen befan-
deten und nicht zurückgeforderten Gegenstände, enthält. [1305]
Poln.-Wartenberg, den 19. Januar 1886. Direction.

Mit zwei Beilagen.

+ Besitzveränderungen. Breitestraße 21; Verkäufer: Juweliere Carl Frey und Söhne, Käufer: Leinwandkaufmann C. J. Hering. Schuhstraße Nr. 67; Verkäufer: Sargfabrikant J. Bensch, Käufer: Uhrmacher Theodor Olbrich. Palmenstraße 31; Verkäufer: Lederhändler Isidor Falk, Käufer: Mäbchändler E. A. Strauch. Ernststraße 7; Verkäufer: Breslauer Kreis-Sparkasse, Käufer: Kaufmann und Stadtrath Gustav Kopisch. Taubenstraße 6; Verkäufer: Versicherungs-Gesellschaft "Providentia" in Frankfurt a. M., Käufer: Bahntechniker Gustav Bischoff. Fürstenstraße 38; Verkäufer: Particularier Max Olschinsky, Käufer: verwitwete Frau Tischlermeister A. Schickel. Weinstraße 12; Verkäufer: verw. Frau Zimmermeister Ritter in Berlin, Käufer: Assuranzbeamter und Agent Theodor Krautreich. Weinstraße 14; Verkäufer: verw. Frau Zimmermeister Ritter in Berlin, Käufer: Buchhändler Carl Schild. Gardestraße 32; Verkäufer: verw. Frau Particularier Auguste Thaden, Käufer: Destillateur Johann Gottwald.

= = = Lobenswerthe Einrichtung. Gestern hatte der Restaurateur auf vom Weidendamm vermittelst einer eigns construirten Schneeschleppe, welche mit nur einem Pferde bespannt war, den Weg von der Mauritiusbrücke bis an den Weidendamm im Interesse des Publikums vom Schneefreie.

- - - Unglücksfälle. Der 5jährige Sohn des Knechtes Wozinoff zu Bolkowine, Kreis Trebnitz, näherte sich dem Räderwerk einer Dreschmaschine und geriet mit dem rechten Beine in dasselbe. Die Maschine zerstörte die Beine des Kindes den Untergelenken. — Ein Herr von der Albrechtstraße glitt des Abends auf der Straße aus und fiel so unglücklich auf das Steingrass, daß er mit gebrochenem rechten Bein liegen blieb. — Auf dieselbe Weise verunglückte der Arbeiter Gottlieb Vogt aus Rapsdorf, Kreis Trebnitz, und erlitt hierbei einen Oberarmbruch linkerseits. — Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen: einem Eisenbahnsekretär von der Sonnenstraße 2 Paar Kinderchlössche und einem Spinnmeister von der Langegasse eine silberne Cylinderuhr mit Tafelkette. — Beschlagnahm: eine Pelzjacke, welche ein 15jähriger Burge bei einem Handelsmann auf der Friedrichstraße zum Kauf anbot, jedoch unter Zurücklassung jenes Kleidungsstückes entfießt, als er nach einer Legitimation befragt wurde. — Gefunden: der obere Theil einer Clarinette, ein Portemonnaie mit ca. 5 Mark, ein goldener Siegelring mit den gravirten Buchstaben "B. A.", eine Latene, ein Regenschirm und ein Portemonnaie mit Goldinhalt. Die gefundenen Gegenstände werden im Bureau 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

S. Frankenstein, 21. Jan. [Der Frankenstein Kreis-Krieger-Verband] hielt gestern in Umlauf's Hotel hier selbst unter dem Vorzug des Herrn Landrats Held seine Jahresversammlung ab, zu welcher 30 Vertreter der Kriegervereine des Kreises erschienen waren. Herr Landrat Held begrüßte die Versammlung mit herzlichen Worten und kostete mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser. Schriftführer Hering hob in seinem Jahresbericht pro 1885 hervor, daß im vergangenen vierten Verbandsjahr ein neuer Verein (Heinrichswalde) mit 85 Mitgliedern hinzugetreten und der Verband jetzt 18 Vereine mit 1435 Mitgliedern zählt, gegen 17 Vereine mit 1321 Mitgliedern im Vorjahr; daß ferner die gegenwärtige Siedlungnahme des deutschen Kriegerbundes zur Vereinigungsfrage sehr zu bedauern sei; da derselbe die Forderung der nicht preußischen Landesverbände, seine in dem Bereich derselben belegenen Vereine abzutrennen, abgelehnt habe, wodurch das Ziel einer allgemeinen Vereinigung in weite Ferne gerückt sei; die selbstständigen preußischen Gau und Provinzverbände scheinen deshalb, nach vorliegendem Material, ihr Wieder-auscheiden aus dem deutschen Kriegerbunde in Erwägung ziehen zu wollen. Auch die Errichtung einer Provinzial-Vereinigung der Verbände Schlesien, Sachsen, Brandenburg und Westfalen ist nicht so schlimm. Im Übrigen beschäftigte sich der Redner nicht weiter mit dem Etat, sondern polemisierte gegen den Abg. Rickert und die Abg. Brömel und Barth im Reichstage; er lobte die guten Erfolge der Steuer- und Polizeipolitik von 1879. Seitdem das Deutsche Reich die Freihandelspolitik verlassen, habe es siegreich den Markt in Japan, China, Rumänien und Südamerika erobert; der Export des Schuhzollländer habe bedeutender zugewonnen, als der Export des Freihandelslandes England. Dem Sinken der Preise und der Grundrente müsse Einhalt gehalten werden; die Landwirtschaft müsse erleichtert werden durch Verminderung der öffentlichen Lasten, durch billige Tarife für Düngungsmittel, billigeren Credit u. s. w. Die Zolltariffe haben keine Steigerung, sondern eine Verminderung der Preise herbeigeführt. Die Vermehrung der Einnahmen in Reich und Staat sei nothwendig; deshalb müßten aus dem Branntweinmonopol bedeutende Mehreinnahmen gezogen werden. Dem Branntweinmonopol muß man deshalb eine prinzipielle Opposition entgegenstellen, sondern erwarten, ob nicht die Vortheile, welche durch Erleichterung der Commenen z. erreicht werden können, die Bedenken überstreichen, welche allerding hervorgerufen werden durch die Eingriffe in viele Betriebe. (Beifall rechts.)

Abg. Windhorst will seine leichten Ansichten über das Branntweinmonopol noch nicht zum Besten geben: seinen Anschauungen ständen die Neuerungen Schorlemers am nächsten. (Heiterkeit.) Dem Reichstag müsse sein Einnahmebelebungsgesetz gewahrt bleiben. Hoffentlich wird kein Staatsmann daran rütteln wollen. Die Frankenstein'sche Clauzel und die Ler Huene seien eine bedeutende Anregung zur Sparsamkeit, denn ohne die letztere würde das überwiegende Geld verausgabt sein. Daß unser neues Goldsystem nützlich gewirkt hat, werde ihm von allen Seiten bestätigt: der Culturfundus habe wirtschaftlich ungünstig gewirkt. Man sollte die unnötigen Ausgaben in Folge des Culturfundus streichen, dann werde man auch leicht zum Frieden kommen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hobrecht meint, es sei nicht zu verwundern, daß die beiden Orchester an den Enden der Leipziger Straße dieselbe Melodie spielen, das sei nach der Lage des Staatshaushalts nicht anders zu erwarten. Die Schwarzmalerei des Herrn v. Minnigerode werde seinem Stande nichts nützen; die von ihm vorgeschlagenen Hilfsmittel werden nichts helfen. Das Deficit von 14 Millionen sei nicht gerade befürchtungswürdig. Bei der Ler Huene müsse man bedenken, in wie weit man von dem Allgemeinen an die Einzelnen überweisen solle. Man müsse von dem Grundsatz ausgehen, daß möglichst alle Selbstverwaltungskörper die Mittel, welche sie verausgaben, selbst aufbringen, weil sonst die Verantwortlichkeit dafür verloren geht. (Beifall links.) Die Armen, Schul-, Polizei- und Wegebauanstalten ständen fast überall im gleichen Verhältniß zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Diese Aufgabe wolle man der Selbstverwaltung nicht entziehen, deshalb empfehle sich die Überweisung von Staatsmitteln. Auf das Branntweinmonopol ging Redner nicht ein. Eine Reform der directen Steuern könne Preußen aus eigener Kraft ohne Hilfe vom Reich machen. Finanzminister Dr. v. Scholz: Nachdem ich bisher aus sämtlichen größeren Parteien des Hauses Redner gehört habe, möchte ich mir einige Bemerkungen zunächst allgemeiner Natur erlauben, und mir vorbehalten, mich dann noch mit einigen Rednern speziell abzuzinden. In der Reihe der allgemeinen Bemerkungen möchte ich beginnen mit einem Beitrag zu den Erörterungen über unsere allgemeine wirtschaftliche Lage. Herr v. Leditz hat zwar heute schon diese Seite der Sache ausführlich erörtert und zwar im wesentlichen in einer Weise, daß ich nichts im Detail hinzuzufügen habe, aber ich muß darauf meinerseits zurückkommen, weil meine Herren, ein Passus der Thronrede in dieser Richtung ausgegeben worden ist außerhalb dieses Hauses, aber auch einem recht gewaltsamen Missverständnis unterworfen worden ist hier im Hause. Der Passus der Thronrede, welcher sich über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse aussprach, hat, sollte nach verschiedenen Neuinterpretationen als der Anfang einer Umkehr angesehen werden, als der Anfang eines Selbstbekenntnisses, daß es mit der Wirtschaftspolitik der Regierung doch seine üblichen Seiten habe, daß man die Lehre des Freihandel der reinen Manufakturmeister eigentlich doch wohl nächstens würde anerennen. Nun, meine Herren, ich bin ja bei der Feststellung des Wortlautes der Thronrede auch beteiligt gewesen, und ich kann nur bezeugen, daß es ein sehr arges Missverständnis ist dessen, was in der Thronrede hat ausgesprochen werden sollen, und daß meine persönliche Meinung auch dahin geht, daß keine grammatischen und logischen Interpretation auch im Entferntesten solche Schlüsse rechtfertigt. Ich habe deshalb auch gar keine Bedenken tragen können, bei der Überreichung des Etats und dem Blick, den ich darauf zu werben Veranlassung fand, mit den Einfüllungen geisser übler wirtschaftlicher Erfahrungen auf unsere Verhältnisse hinzuweisen und mich dabei im vollen Einvernehmen gewußt mit dem, was in der Thronrede gesagt, daß unsere Wirtschaftspolitik die Nebenstände, die sonst überall schroff und schwer hervortreten, sehr viel gemildert habe. Es liegt das auch ganz klar zu Tage. Unsere Wirtschaftspolitik hat gewollt und erreicht, daß der heimische Markt unserer Industrie im Wesentlichen gesichert worden ist und daß unsere Industrie im Übrigen in der Exportfähigkeit gefördert worden ist, soweit das überhaupt mit Mitteln der Gesetzgebung möglich ist. Beides nun, der heimische Markt wie der Export, ist natürlich nicht in infinitum dehnbar, und wenn sich nun Erscheinungen einstellen, die darauf hindrängen, daß auf einzelnen Industriegebieten mehr produziert wird, wie der heimische Markt und der Export aufnehmen kann, dann erscheint es der Regierung allerdings gerechtfertigt und an der Zeit, eine Mahnung nach dieser Richtung zu rechter Zeit von der Stelle, die wohl gehört wird und Beachtung

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

Berlin, 22. Jan. Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die erste Lesung des Etats. Eine weitere Auflösung der finanziellen Lage Preußens brachte die Beratung nicht; obgleich noch eine ganze Reihe von Rednern aus dem Hause ins Feld traten, blieben die Verhandlungen sehr wirr. Selbst der erste Redner, der freiconservative Herr v. Leditz, welcher, wie immer, eine staatsrechtlich angehauchte Rede zu halten gedachte, brachte es zu weder nichts, als zu einem nervösen Schreien, mit dem er das Haus über eine Stunde hindurch langweilte. Ueber das Monopol sprachen sich die heutigen Redner ebenfalls sehr kühn aus; das gilt sowohl von Herrn v. Leditz, wie von Herrn Hobrecht, während Herr Windthorst zwar nicht mit klaren Worten, aber doch unzweideutig erkennen ließ, daß das Centrum sich ablehnend verhalten werde. Nur der nationalliberale Marcus Tullius, Professor Ennecker, schwang sich zu der Leistung auf, daß er zwar an sich nicht für das Branntweinmonopol sei, es aber angesichts der ihm entgegenstehenden Parteicoalition der Freisinnigen mit dem Centrum und seinen Anhängern bewilligen werde. Der wichtigste Punkt der heutigen Verhandlung war aber unstrittig die Erklärung des Finanzministers v. Scholz zur Währungsfrage. Mit ihm ist den Bimetallisten auf lange Zeit hinaus alle und jede Hoffnung abgeschnitten. Der Redner der Freisinnigen, Abg. Büchtemann, sprach ausführlich und sachkundig, wie immer, zum Eisenbahnet; von der Erwiderung des Ministers Maybach ist zu erwähnen, daß er alle und jede Gemeinschaft mit dem Abg. Geheimrat Camp mit Bezugnahme auf dessen Reichstagsrede über den Post-Etat entschieden ablehnte. Am Montag beginnt die zweite Lesung des Etats.

Abgeordnetehaus. 4. Sitzung vom 22. Januar.

11 Uhr.

Am Ministerialthe: Maybach, Lucius, Frieberg, v. Scholz und Commissarien.

Die erste Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1886/87 wird fortgesetzt.

Abg. v. Leditz-Reukirch führte aus, daß die Finanzlage keine so schlechte sei; das Deficit sei nicht so schlimm. Im Übrigen beschäftigte sich der Redner nicht weiter mit dem Etat, sondern polemisierte gegen den Abg. Rickert und die Abg. Brömel und Barth im Reichstage; er lobte die guten Erfolge der Steuer- und Polizeipolitik von 1879. Seitdem das Deutsche Reich die Freihandelspolitik verlassen, habe es siegreich den Markt in Japan, China, Rumänien und Südamerika erobert; der Export des Schuhzollländer habe bedeutender zugewonnen, als der Export des Freihandelslandes England. Dem Sinken der Preise und der Grundrente müsse Einhalt gehalten werden; die Landwirtschaft müsse erleichtert werden durch Verminderung der öffentlichen Lasten, durch billige Tarife für Düngungsmittel, billigeren Credit u. s. w. Die Zolltariffe haben keine Steigerung, sondern eine Verminderung der Preise herbeigeführt. Die Vermehrung der Einnahmen in Reich und Staat sei nothwendig; deshalb müßten aus dem Branntweinmonopol bedeutende Mehreinnahmen gezogen werden. Den Branntweinmonopol muß man deshalb eine principielle Opposition entgegenstellen, sondern erwarten, ob nicht die Vortheile, welche durch Erleichterung der Commenen z. erreicht werden können, die Bedenken überstreichen, welche allerding hervorgerufen werden durch die Eingriffe in viele Betriebe. (Beifall rechts.)

Abg. Windhorst will seine leichten Ansichten über das Branntweinmonopol noch nicht zum Besten geben: seinen Anschauungen ständen die Neuerungen Schorlemers am nächsten. (Heiterkeit.) Dem Reichstag müsse sein Einnahmebelebungsgesetz gewahrt bleiben. Hoffentlich wird kein Staatsmann daran rütteln wollen. Die Frankenstein'sche Clauzel und die Ler Huene seien eine bedeutende Anregung zur Sparsamkeit, denn ohne die letztere würde das überwiegende Geld verausgabt sein. Daß unser neues Goldsystem nützlich gewirkt hat, werde ihm von allen Seiten bestätigt: der Culturfundus habe wirtschaftlich ungünstig gewirkt. Man sollte die unnötigen Ausgaben in Folge des Culturfundus streichen, dann werde man auch leicht zum Frieden kommen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hobrecht meint, es sei nicht zu verwundern, daß die beiden Orchester an den Enden der Leipziger Straße dieselbe Melodie spielen, das sei nach der Lage des Staatshaushalts nicht anders zu erwarten. Die Schwarzmalerei des Herrn v. Minnigerode werde seinem Stande nichts nützen; die von ihm vorgeschlagenen Hilfsmittel werden nichts helfen. Das Deficit von 14 Millionen sei nicht gerade befürchtungswürdig. Bei der Ler Huene müsse man bedenken, in wie weit man von dem Allgemeinen an die Einzelnen überweisen solle. Man müsse von dem Grundsatz ausgehen, daß möglichst alle Selbstverwaltungskörper die Mittel, welche sie verausgaben, selbst aufbringen, weil sonst die Verantwortlichkeit dafür verloren geht. (Beifall links.) Die Armen, Schul-, Polizei- und Wegebauanstalten ständen fast überall im gleichen Verhältniß zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Diese Aufgabe wolle man der Selbstverwaltung nicht entziehen, deshalb empfehle sich die Überweisung von Staatsmitteln. Auf das Branntweinmonopol ging Redner nicht ein. Eine Reform der directen Steuern könne Preußen aus eigener Kraft ohne Hilfe vom Reich machen. Finanzminister Dr. v. Scholz: Nachdem ich bisher aus sämtlichen größeren Parteien des Hauses Redner gehört habe, möchte ich mir einige Bemerkungen zunächst allgemeiner Natur erlauben, und mir vorbehalten, mich dann noch mit einigen Rednern speziell abzuzinden. In der Reihe der allgemeinen Bemerkungen möchte ich beginnen mit einem Beitrag zu den Erörterungen über unsere allgemeine wirtschaftliche Lage. Herr v. Leditz hat zwar heute schon diese Seite der Sache ausführlich erörtert und zwar im wesentlichen in einer Weise, daß ich nichts im Detail hinzuzufügen habe, aber ich muß darauf meinerseits zurückkommen, weil meine Herren, ein Passus der Thronrede in dieser Richtung ausgegeben worden ist außerhalb dieses Hauses, aber auch einem recht gewaltsamen Missverständnis unterworfen worden ist hier im Hause. Der Passus der Thronrede, welcher sich über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse aussprach, hat, sollte nach verschiedenen Neuinterpretationen als der Anfang einer Umkehr angesehen werden, als der Anfang eines Selbstbekenntnisses, daß es mit der Wirtschaftspolitik der Regierung doch seine üblichen Seiten habe, daß man die Lehre des Freihandel der reinen Manufakturmeister eigentlich doch wohl nächstens würde anerennen. Nun, meine Herren, ich bin ja bei der Feststellung des Wortlautes der Thronrede auch beteiligt gewesen, und ich kann nur bezeugen, daß es ein sehr arges Missverständnis ist dessen, was in der Thronrede hat ausgesprochen werden sollen, und daß meine persönliche Meinung auch dahin geht, daß keine grammatischen und logischen Interpretation auch im Entferntesten solche Schlüsse rechtfertigt. Ich habe deshalb auch gar keine Bedenken tragen können, bei der Überreichung des Etats und dem Blick, den ich darauf zu werben Veranlassung fand, mit den Einfüllungen geisser übler wirtschaftlicher Erfahrungen auf unsere Verhältnisse hinzuweisen und mich dabei im vollen Einvernehmen gewußt mit dem, was in der Thronrede gesagt, daß unsere Wirtschaftspolitik die Nebenstände, die sonst überall schroff und schwer hervortreten, sehr viel gemildert habe. Es liegt das auch ganz klar zu Tage. Unsere Wirtschaftspolitik hat gewollt und erreicht, daß der heimische Markt unserer Industrie im Wesentlichen gesichert worden ist und daß unsere Industrie im Übrigen in der Exportfähigkeit gefördert worden ist, soweit das überhaupt mit Mitteln der Gesetzgebung möglich ist. Beides nun, der heimische Markt wie der Export, ist natürlich nicht in infinitum dehnbar, und wenn sich nun Erscheinungen einstellen, die darauf hindrängen, daß auf einzelnen Industriegebieten mehr produziert wird, wie der heimische Markt und der Export aufnehmen kann, dann erscheint es der Regierung allerdings gerechtfertigt und an der Zeit, eine Mahnung nach dieser Richtung zu rechter Zeit von der Stelle, die wohl gehört wird und Beachtung

findet, ins Land gehen zu lassen. Aber daraus oder aus sonstigen Zeichen auf einen allgemeinen Notstand auch ein allgemeines Dämmerliegen unserer Gewerbsverhältnisse zu schließen, das meine Herren, ist unberechtigt. Es ist in den Kreisen, die als sachverständig gelten können, in der Richtung wiederum wie alljährlich der Verlust gemacht worden, von den neuemittierten Papieren zu berechnen, wie viel Deutschland aufgenommen hat, und diese sachverständigen Kreise kamen für das Jahr 1885 zu der Meinung, daß Deutschland nicht weniger und nicht mehr als über 1000 Millionen neues Capital gebildet und vom öffentlichen Markt bei sich aufgenommen hat. Man ist überhaupt schon längst, nachdem dieser Sache mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, von der früheren Annahme der großen Capitalarmut Deutschlands sehr zurückgekommen, aber die Schätzung, daß Deutschland jetzt in einem Jahre über 1000 Millionen als neues Capital bei sich gebildet und vom Markt genommen habe, hat mich überrascht.

Auso nach dieser Richtung glaube ich, könnten wir etwas berücksichtigen, auf die Gesamtzustände des Landes blicken, als es nach den bisher gehörten Reden der Fall wäre, und an unserer Wirtschaftspolitik dürfen wir nicht irre werden. Ich möchte dem letzten Herrn Redner zwar darin beipflichten, daß es nicht weit führen wird, wenn theoretische Reden pro und contra hier gewechselt werden, und ich will auch dazu gewiß nicht beitragen. Aber die Reden contra fangen doch immer an, und es würde eine merkwürdige Lücke entstehen, wenn nicht auch irgend eine pro gehalten würde. Ich will zu dem, was gesagt worden ist, nur noch eine praktische Notiz gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rickert hinzufügen. Der Herr Abgeordnete ist für die Zustände im eigenen Lande mit sehr scharfem Blick, wie es mir scheint, nicht begabt (Heiterkeit), denn ich kann nicht annehmen, daß er, was wirklich ist, nicht sehen will. Aber nach dem Auslande hin nimmt er ja sehr lebhafte und regelmäßige Notiz von allen wichtigen Vorgängen. Ich frage Ihnen nun, hat er nicht mit Staunen und mit der Erkenntnis der Notwendigkeit, daraus sich eine Lehre zu entnehmen, gesehen, daß eine große Spinnerei in England, die dort 4000 Arbeiter beschäftigt, und viele tausend mehr indirekte Interessen, daß die nach Erneuerung aller Verhältnisse den Beschuß gefaßt hat, einfach sich zu mobilisieren, aus England auszuweichen, ihr ganzes Material, ihr Domicil nach Nordamerika zu versetzen, wo der Schuhzoll ihr ein gedeckliches und blühendes Fortbestehen ermöglicht. Unsere Fabrikanten brauchen, Gott sei Dank, noch nicht ihre Arbeiter und die in ihrem Erwerb geschädigten weiteren Kreise zurückzulassen und über die Grenze zu wandern, um wo anders ein Geschäft mit Vorteil wieder aufzunehmen. Ich möchte bitten: Nehmen Sie jolche praktischen Dinge statt aller Buchweisheit, zur Hand und lassen Sie daran Ihren Blick läutern und endlich Ihren Sinn zu Gerechtigkeit sich empfinden.

Eine besondere Seite der Wirtschaftspolitik ist hier, wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, zum ersten Male überhaupt in diesem Hause berücksichtigt worden; ich meine die Währungsfrage. Ich gehe sehr ungern auf dieselbe ein, zunächst deshalb, weil in den Parteien, auf deren wohlmeinende Gesinnung, auf deren immer bewährtes volles Vertrauen die Regierung mit Recht großen Werth legen muß, weil innerhalb dieser Parteien eine große Anzahl von Männern vorherrschen, die in dem Punkte anders denken, als ich. Ich gehe auch deshalb ungern auf diese Frage ein, weil für trocken des himmelweit Unterschiedes, der da zwischen den treibenden Factoren besteht, doch in vieler Hinsicht einem Glaubenskampf aus alter Zeit gleicht, wenn man die Erbitterung, die Mittel, die in diesem Kampf aufgewendet werden, das Heben und Verkehren von hüben und drüben betrachtet. In solchen Kampf trete ich nicht gerne ein. Ich glaube aber doch, daß ich nach der Art und Weise, wie diesmal bei der Staatsberatung die Frage hier von beachtenswerthesten Seiten auf das Tapet gebracht worden ist, nicht vermeiden kann, mich mit ein paar Worten darüber auszusprechen. Ich bin persönlich also kein fanatischer Anhänger der Goldwährung (Hört, hört! rechts); ich bin nicht unempfindlich für die schweren Verluste, die wir durch die Silberentwertung erfahren. Ich bin aber geneigt, anzunehmen, daß die Silberentwertung, der Übergang zur Welt-Goldwährung, nicht das Bestreben irgend eines einzelnen Staates gewesen ist, nicht die "Schulz", wie man sich ausgedrückt hat, der deutschen Gesetzgebung, sondern daß sie, man mag Stimmung und Empfindungen dabei haben, welche man will, als eine Weltthatsache anerkannt werden muß, der wir gegenüber stehen und gestanden haben im Jahre 1870, 1871 und folgenden, und daß man es den verbündeten deutschen Regierungen dauernd zum hohen Ruhme antrednen muß, daß sie rechtzeitig das Auge offen gehabt haben für diese Weltthatsache, und daß sie rechtzeitig das gegeben haben, was uns zu einer verhältnismäßig guten und günstigen Situation gebracht hat, in der wir uns jetzt befinden. (Sehr richtig! links.)

Es wird das den verbündeten Regierungen stets, wenn man objectiv und rubig urtheilt, als ein wahres Verdienst angerechnet werden, daß sie damals nicht die Hände in den Hosch gelegt haben und die Dinge nicht haben laufen lassen, wie sie ließen, sondern daß sie sich die Köpfe zerbrochen haben, wenn ich dieses Bild auf den Bundesrat anwenden darf, was gestern und heute hier wiederholt vom Reichstag gebraucht worden ist, um die Wege zu finden, bei Seiten uns in den Hafen zu retten, von dem aus wir jetzt die Währung mit verhältnismäßigiger Ruhe, mit günstiger Position betrachten können. Sie sagen vielleicht, daß ist alles noch eine unrichtige Auffassung, Sie glauben vielleicht doch, was die Bimetallisten so gern behaupten, die deutsche Regierung sei Schuld an der ganzen Sache, und seit der Zeit ihrer Schuld erst sei die üble Situation über die Welt gekommen. Ich bitte Sie, wenn Sie einen Augenblick sich unsere heutige Situation ansehen: Wer ist denn heute gezwungen, seine internationalen Zahlungsverbindlichkeiten in Gold zu erledigen? So viel ich weiß: England, Portugal und die drei nordischen Königreiche; ich glaube nicht, daß noch ein anderer Staat dabei zu nennen sein wird. Kein anderer Staat der Welt ist heute gezwungen, seine Verbindlichkeiten, von speziellen Verträgen abgesehen, in Gold zu erfüllen. Wir können also unsere Verbindlichkeiten nach innen und nach außen mit den Thalerstückchen begleichen. Frankreich und die anderen Staaten der lateinischen Union können mit den 5-Frankstückchen in Silber ihre Zahlungsverbindlichkeiten heute wie früher begleichen. Ähnliches ist von Holland zu sagen, wo der Silbergulden dieselbe Bedeutung hat. Woran liegt es, denn nun, daß es Niemand einfällt, mit Thalerstückchen seine internationales Pflichten zu erfüllen, daß es Niemand einfällt, mit 5-Frankstückchen zu bezahlen, wo von Frankreich Gold verlangt wird? Es ist die Wirkung der Weltthatsache, daß man eben im internationalen Verkehr nur Gold haben will, daß kein Mensch es wagt, von seinem Rechte mit Silber zu bezahlen, welches unbestreitbar ist, woran kein Vertrag, kein Gesetz ihn hindert, Gebrauch zu machen, aus Furcht vor den sehr unangenehmen Folgen im allgemeinen Credit, in der

dieser Sache mit aller Aufmerksamkeit und mit einem redblichen Bemühen der Förderung gegenübertreten. Aber zwischendien Standpunkt und dem Vortrage, der im Laufenden von Petitionen jetzt gestellt worden ist, und der so einfach lautet: den internationalen Bimetallismus so schnell wie möglich einzuführen — zwischen diesen beiden Dingen ist aber ein himmelsweiter Unterschied. In diesen Petitionen — sie bestehen zum großen Theil aus nichts, als aus diesen drei Zeilen, sie beantragen, den internationalen Bimetallismus oder die internationale Doppelwährung so schnell wie möglich einzuführen — wird davon gesprochen, wie von einem bekannten feststehenden Ding; wie man sagt, die allgemeine Schulpflicht einzuführen oder die allgemeine Dienstpflicht, so soll man die internationale Doppelwährung einführen. Ich habe aber noch keinen Menschen gesprochen, der mir eine genügende, nur einigermaßen genügende und vor der Kritik nur einen Moment bestehende Antwort auf die Frage hätte geben können: was ist die internationale Doppelwährung? (Sehr richtig! links.) Es hat sich einer der eifrigsten Agitatoren für den Bimetallismus in Frankreich, Herr Cernuschi, im Anfang der Bewegung darüber gemacht, einen Vertragsentwurf anzufertigen, wie er sich ihn ungefähr dachte, ein Instrument zwischen den Staaten der civilisierten Welt vereinbart, welches nun den internationalen Bimetallismus verkörpert. Die Freunde der Sache haben das Buch über diesem Blatte schnell zugemacht; über diesen Vertragsentwurf ist nie wieder gesprochen worden. Die Compatrioten des Herrn Cernuschi selbst haben über diesen Vertragsentwurf dieses Schweigen später beobachtet; ich habe nie gehört, daß jemand ernsthaft zu diesem Project sich zu befennen noch einen Moment gewagt hätte, und obwohl es nun sehr geistreiche, sehr fleißige, sehr talentvolle Leute unter den deutschen Bimetallisten umzweilen giebt, die Tag für Tag Artikel, Bücher, Flugblätter über die Sache schreiben — ich habe noch keinen gesehen, der es gewagt hätte, ein Exemplar oder eine Formel des bimetallistischen Vertrags, wie er ihn sich denkt und wie er glaubt, daß er bei genauer Prüfung von jedem, der sein Vaterland liebt, der sein Vaterland nicht verrathen will, unterzeichnet werden könnte, vorzulegen. (Hört, hört!)

Ich verlasse hiermit diesen Gegenstand indem ich hoffe, daß es uns erspart bleibt wird, die Kämpfe, die auf diesem Gebiete außerhalb der Parlamente so lange schon und mit solcher Heftigkeit geführt werden, auch noch innerhalb der Parlamente wieder fortzusetzen. Das, was Herr v. Schorlemmer daran als Wunsch knüpft, daß die erste Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen nach diesem Punkt gerichtet sein möge; das kann ich ihm bestätigen, ist der Fall. Nach dieser Richtung hin wird es gewiß an pflichtmässiger Wahrnehmung der Aufgaben, die die verbündeten Regierungen zu erfüllen haben, nicht fehlen. Ich glaube, einer der Herren Vorredner hat diesen Mahnruf auch schon hören lassen; wenn Sie der Landwirtschaft hilfe bringen wollen, und zwar ganz und voll, wie ich mit dem Herrn v. Bieditz sage, nicht blos den Großgrundbesitzer, sondern der gesamten Landwirtschaft, bis in die kleinsten Stellen hinab, so wenden Sie sich mehr dem Programm zu, welches die Regierung Ihnen jetzt wieder nahe gelegt hat, was wirklich mit mühsamen und sehr wirklichen Mitteln geeignet ist, auch vorzugsweise den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Bevölkerung abzuhelfen. Zum Schluß polemisirt der Minister dann gegen die Ausführungen des Abg. Rickert, sowie der anderen Redner aus der gestrigen und heutigen Debatte.

Abg. Büchtemann: Beuglich der Ausweisungsfrage deckt sich die Ansicht der Landtagsfraction der deutschfreisinnigen Partei völlig mit denjenigen ihren Gesinnungsgenossen im Reichstage, es handelt sich um eine deutsche Frage, die im Reichstage zu verhandeln ist. Ein Deficit von 14 Millionen sei nicht gerade unbedeutend, aber auch nicht hoch genug, um ungünstige Schlüsse auf die allgemeine Lage zu gestalten. Der im Eisenbahnetat für das laufende Jahr 1885/86 nach den Mittheilungen des Finanzministers in Aussicht genommene Ausfall von 6 Millionen sei nicht weiter begründet worden. Gegenüber dem Einnahmevoranschlag von 694 Millionen lasse sich nach den thatfächlichen Ergebnissen nur auf Einnahme in Höhe von 667 Millionen rechnen. Der Eisenbahnenminister habe jedenfalls Anlaß, diese Differenz aufzuklären. Ueber die Aufbesserung der Befordungen mehrerer Beamtent-Kategorien freue er sich, sie sei nothwendig gewesen. Wenn von der Staatsregierung jetzt anerkannt werde, daß die Gesetzgebung keinen Einfluß auf die Blüthe der Industrie ausüben könne, warum habe man dies dennoch in den 70er Jahren versucht? Damals habe es sich, ebenso wie jetzt, um eine Krise in Folge der Überproduktion gehandelt. Wenn der Finanzminister es als ein günstiges Zeichen betrachtet, daß die Anlagen in Staatspapieren bedeutend gewesen sind, so sei er angenehm, daß sich das Capital aus der Landwirtschaft und Industrie zurückgezogen habe. Der Landwirtschaft haben die Schatzzölle nicht geholfen, nicht weil die Zölle vom Auslande getragen werden, sondern weil die Depression auf dem Weltmarkt eine allgemeine ist, daß die Zölle dagegen nicht aufzutreten können. Die zu hohen Kaufpreise und die zu hohen Nebenkosten bei Erbschaften haben die Notlage einzelner Landwirthe hervorgerufen. Wenn man die Doppelwährung einführe, helfe das den Landwirthen nicht, schade aber allen anderen Interessen. Denn die Entwertung des Silbers sei bei der stetigen Zunahme der Silberproduktion nicht aufzuhalten. Das Branntweinmonopol übertreffe das Tabakmonopol bedeutend. Die Großgrundbesitzer kommen durch dasselbe in eine Abhängigkeit voneinander; denn an eine Feststellung der Preise seitens der Interessen könne man doch ernsthaft nicht denken. Es sei bedauerlich, daß die große anspruchsvolle Partei der Conservativen sich aus solchen Leuten rekrutire, welche nach Einführung des Branntweinmonopols stets auf Seiten der Regierung stehen müßten. Die conservative Partei müßte dann politisch abdanken. Wichtig wäre es, wenn man heute feststellen könnte, welche Parteien für das Branntweinmonopol sind. Am wärmsten habe sich Herr v. Minnigerode für das Monopol ausgesprochen; Herr v. Bieditz habe dasselbe nur acceptirt, wenn es nicht anders geht; Herr Hobrecht hat sich schon etwas ablehnend verhalten; noch schärfer war die Ablehnung des Herrn v. Schorlemers. Alist zur Wahrheit in den Staatsverhältnissen, zu einer ruhigen Entwicklung könne man nicht kommen, so lange die Verquälung von Reichs-, Landes- und Kommunalfinanzen dauere, so lange man die Gesetzgebung zu Gunsten einzelner Klassen ausnütze. Die sozialen Wirren könnten nicht beendet werden, wenn man der Herstellung des sozialen Friedens solche Hindernisse in den Weg stelle, wie das Branntweinmonopol. Seine (des Redners) Freunde seien zu schwach in diesem Hause vertreten, um eine entscheidende Wirkung zu üben; sie würden aber ihren Gedanken mit möglichstem Nachdruck vertreten. (Beifall links.)

Minister Maybach will auf die Einzelheiten, welche über den Eisenbahnetat vorgebracht seien, in der Commission eingehen und erklärt nur, daß es ihm daran liege, den Vermuthungen entgegenzutreten, welche sich an den Angriff eines Reichstagsabgeordneten auf die Postverwaltung geknüpft haben und sich namentlich auf die Leistungen der Eisenbahnen für die Post führen. Amtlich und persönlich steht ihm der betreffende Reichstagsabgeordnete nicht nahe; es sei auch nicht seine Art, auf diesem Wege Meinungsverschiedenheiten mit seinen Collegen zu verfolgen (Beifall); er halte überhaupt die Art, so zu verfahren, für eine Zumutung, die er mit Entschiedenheit zurückweisen müsse. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Enneckerus leugnet Rickert gegenüber, daß durch die nationalliberale Partei die Conservative verstärkt sei, in Schleswig-Holstein habe es sich nur um freiconservative Kandidaten gehandelt. Die Freisinnigen hätten allerdings den Liberalismus geschädigt, indem sie fast jede nationale Maßregel mit liberalen Scheingründen bekämpft und zum Fall zu bringen ver sucht hätten. Selbst bei der gegen den Polonismus getroffenen Maßregel hätten sie eine Stellung eingenommen, welche den Polen, Welsen und Elsässern zur höchsten Freude gereichte. Wenn der Reichskanzler auf der einen Seite stehe, auf der anderen die Freisinnigen mit den fremden Elementen, dann wisse er unbesehen, wo das nationale Interesse stehe. Wenn man auf die Domänenverwaltung verwiesen, so sei zu bemerken, daß z. B. der Bezirk Bromberg nur 12 Domänen habe, deren Parzellierung, abgesehen davon, daß die Bestückung der kostbaren Gebäude wegen einer Verschwendung wäre, eine kleinliche Maßregel gegenüber dem großen Schaden sei. Redner ging dann auf einzelne Etats über. Beim Eisenbahnetat hob er hervor, daß die Staatsbahnen 40 Millionen Mark mehr als die Verzinsung der gesamten Staatschuld einbringen. Das sei ein sehr bedeutender finanzieller Gewinn, die Eisenbahnen sollten auch gar nicht fiscalsch und um der Finanzen willen verwaltet werden. Dem Finanzminister spreche er seinen Dank aus für seine Erklärung in der Währungsfrage. Er steht der Landwirtschaft von jeher freundlich gegenüber, beweise aber, daß die Doppelwährung ihr einen Vortheil bringen werde. Er hoffe, daß auch in anderen Fragen, wie in dieser, das nationale Interesse zur Herrschaft kommen werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Darauf schließt die Discussion. Abg. Hänel bedauert, daß er durch den Schluß der Discussion, den Nationalliberalen herbeigeführt haben, nicht im Stande sei, dem Vorredner zu antworten.

Abg. Schreiber-Nordhausen (freiconservativ) erklärt, daß er gegen das Branntweinmonopol habe sprechen wollen, durch welches die Stadt Nordhausen vollständig ruinirt würde. (Hört!) Da er nicht zum Wort

gelommen, so sei der Rest Schweizer. (Heiterkeit.) Ein sehr großer Theil des Etats wird darauf dem fast von allen Fractionen unterstützten Antrage des Abg. v. Benda genäß in die Budgetcommission verwiesen.

Schluß gegen 4 Uhr.

Nächste Sitzung Montag, 1 Uhr. Rechnungsvorlage und zweite Lesung des Etats.

Reichstag.

Berlin, 22. Jan. Erst der heutige Tag, der dritte der Verhandlung, brachte den Schluß der Generaldebatte über den Etat der Zölle. Auch heute traten wieder von beiden Seiten zahlreiche Kämpfer für und wider die jetzige Schutzpolitis auf den Platz, ohne wesentlich neueres, als in den beiden ersten Tagen zu sagen. Nur daß heute die Währungsfrage die Discussion mehr beherrschte, und während im Abgeordnetenhaus die Bimetallisten ihre Hoffnungen längst begraben sahen, kämpften hier deren Collegen für die verlorene Sache mit einem Muthe und einer Verzweiflung, die einer besseren Sache würdig war. Allein gegenüber den Ausführungen der Herren Alexander Meyer und Bamberger vermochten die Wiederholungen der längst abgestandenen bimetallistischen Reden der Herren von Kardorff, von Schalcha und Frege nicht zur Geltung zu kommen. Einmal lebhafter gestaltete sich die Debatte bei der Berathung der einzelnen Titel. Hier nahm Richter Gelegenheit, die von den Freisinnigen eingebrachte Resolution gegen das Branntweinmonopol nach kurzer Begründung zurückzuziehen, nachdem sie ihren Zweck, die Agitation gegen dieses verwerflichste aller Projekte der Regierung, wachgerufen. Es war vielleicht schade, daß die Zurückziehung so rasch erfolgte, denn so wurde der Parteien die Gelegenheit geboten, ihre Stellung zum Monopol möglichst dunkel erscheinen zu lassen. Auch hier im Reichstag sprach sich Windhorst zwar nicht direct gegen das Monopol aus, ließ aber, namentlich den Nationalliberalen gegenüber, die in der bekannten drolligen Weise versuchten, etwas sagen zu wollen, ohne etwas zu sagen, kaum einen Zweifel darüber bestehen, daß das Monopol vom Centrum nicht zu haben ist. Morgen soll der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern zu Ende berathen werden.

31. Sitzung vom 22. Januar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats v. Burchard und Commissarien.

Die Berathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wird fortgeföhrt.

Abg. Bock (Gotha): Daß die Lage der Arbeiter sich im Folge der Schutzpolitis verbessert oder die Arbeitsgelegenheit sich vermehrt habe, besteht ich, daß dies klarstellte ist. Man wird auch in weiteren Kreisen darauf hören, und namentlich wünschte ich, daß es der Abg. Kanfer gehört hätte, der ja unter seinen Parteigenossen am meisten der Belehrung in Währungsfragen bedürftig zu sein scheint. (Heiterkeit.) Die Doppelwährung soll nach der Absicht der Herren von Rechis diejenigen Leistungen verringern, die die Herren zu machen haben, und diesen Leistungen vernehmen, die sie zu empfangen haben. Das ist das ganze Geheimnis ihrer Doppelwährung, das ist das Geheimnis des Agrarierthums und kurz ausgedrückt heißt es: „Stirb, damit ich lebe!“ (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Ich bestreite dem Vorredner, daß wir bei uns indische oder russische Münzverhältnisse mit unterertheiligem Metall einführen wollen, wir wollen lediglich das Mizverhältnis zwischen Gold und Silber und das hohe Agio befestigen. Sie sagen, dies sei nicht möglich. Nun, in Frankreich war es zur Zeit der Doppelwährung doch möglich, da überstieg das Agio nicht die Transportkosten des Metals zwischen London und Paris. (Widerspruch links.) Es sind also keine egoistischen Motive bei den Bimetallisten vorhanden. Die Abschaffung des Agios würde unserer ganzen gewerblichen Thätigkeit zugute kommen, namentlich der ärmeren Bevölkerung. Ist es denn ein gerechter Zustand, wenn, wie es jetzt geschieht, den wenigen Millionen Wohlhabender das Gold zugewiesen wird, und die vielen Millionen Nichtbesitzender auf den Verkehr mit Silber beschränkt sind? Leider aber haben gerade die Führer der Arbeiterbewegung für die Währungsfrage gar kein Verständniß. Die Arbeiterverhältnisse werden durch die Wiederherstellung der Vollwertigkeit des Silbers nicht gefährdet, sondern gehoben. Desgleichen muß die in unerträglicher Weise heruntergegangene Rente des Grund und Bodens gehoben werden, wenn das Land wieder wirtschaftlich prosperieren soll. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger: Herr v. Kardorff leugnete gestern die Überproduktion, und als man ihm die Thronrede entgegenhielt, hatte er auf einmal nichts gehört. Tauben Ohren ist nichts zu predigen, sagt das Sprichwort; ich ändere es dahin: mit tauben Ohren ist gut predigen, man ignorirt die trüglichen Einwände und hält seine Reden weiter, ohne sich aus dem Concep bringen zu lassen. Auch der feinen Distinction eines andern Redners, daß es sich nicht um Überproduktion, sondern um Unterconsumtion handle, kann ich nicht folgen. Die Wahrheit ist, daß die Production aus tausend bekannten Gründen in einer Weise gestiegen ist, daß die Consumption auf ganz erklärliche Weise nicht rasch genug mit ihr Schritt halten konnte, und bis dieser Ausgleich sich nicht vollzogen hat, werden wir an Schwierigkeiten laboriren. Ganz sicher leidet die Landwirtschaft nicht in dem Grade wie die Industrie an Überproduktion, aber in der Zuckerproduktion, die auf der Grenze zwischen beiden steht, zeigt sich dasselbe Phänomen, dessen Natur und Ursprung am deutlichsten auf dem Gebiet lag, auf dem es am stärksten auftritt, auf dem der Metallurgie, der Erzproduktion. Nicht nur die Technik ist enorm entwickelt, sondern die ganze Welt bildet ein Revier. Kein Artikel ist im Preise so gefallen, wie die Erze, weil die ganze Erde von Minengräben durchwühlt wird in einer Weise, von der man noch vor einem Jahrzehnt keine Ahnung hatte. Unser Actiengesetz hat den Unternehmungsgeist zurückgedrängt, indem es, von wichtigen moralischen Erwägungen ausgehend, aber über das Ziel schickend, den Effect hatte, daß peinliche und gewissenhafte Leute die Verantwortlichkeit ablehnen und mit Aktiengesellschaften nichts mehr zu thun haben wollen. Für unsere Leute fällt es schwer, die unteren Klassen in den Stand, sich lebhafter an der Consumtion zu beteiligen, dann wird auch bald die Klage über die Überproduktion verstummen. Maß regeln aber, wie die besondere Verzöllung der Petroleumfässer, wodurch beispielweise in meiner Heimat das Petroleum erheblich verheuert ist, verschlechtern nur die Lage des armen Mannes und erhöhen die Gefahren der Krise.

Abg. Gerlich: Der Wollzoll ist in die Verhandlungen hineingeworfen, um Mißtrauen zwischen den Industriellen und den sogen. Agrarier zu erwecken. Das Wort „Agrarier“ benutzen Sie ja, um uns niederzuschmeien. Ich bekannte offen vor Ihnen, ich rechne es mir zur Ehre an, ein Agrarier genannt zu werden. (Beifall rechts.) Als Agrarier stehen wir ein für das Wohl der Landwirtschaft, haben aber ebenso ein Herz für unsere Industrie und werben uns vor Allem sehr überlegen, ob wir den Wollzoll einföhren oder nicht. Herr v. Minnigerode hat keinen Antrag auf seine Einführung im Abgeordnetenhaus angekündigt, wie der Abg. Barth gestern sagte, sondern nur geagt, daß der Wollzoll der Landwirtschaft erwünscht sein würde, wenn ihre bedrängte Lage bezüglich der Spitzsteuer keine Anerkennung finden sollte. Herr v. Minnigerode hat das nur referendo angeführt und ausdrücklich erklärt, daß er für diesen Wollzoll nicht eintrete. (Hört! Hört! rechts.) Herr Barth wollte durch seine Anführung nur Zwietracht zwischen Leute fäden, die bisher in der Schutzpolitis zusammenstanden. Wir meinen es ehlicher mit der Wollzollindustrie, als Sie (links), die Sie diesem Gewerbe den Zoll verweigerten, den wir ihm gern gaben, und wenn Sie die Industrie besser schützen zu wollen behaupten, so frage ich Sie: Erklären Sie sich bereit, den Zoll auf Wollgewebe zu reduzieren? (Zurufe links: Mit Vergnügen! Sofort!) Dann wird die Wollzollindustrie wissen, wo ihre Freunde sitzen, wahrscheinlich bei den Agrariern. (Sehr gut! rechts.) Wir bestreiten gar nicht, daß wir die Renten des Kapitals und die Renten der Landwirtschaft steigern wollen. (Hört! Hört! links.) Denn das Grundbesitzthum und unser Capital ist in unseren Augen Alles, ein National-Capital. Von dem National-Capital leben die Arbeiter; und es handelt sich nicht darum, die Interessen der Großgrundbesitzer zu vernichten, sondern dem Arbeiter, dem kleinen Mann, mehr Anteil an ihren Renten zu verschaffen, indem wir den beständigen Klassen Pflichten auferlegen gegen den kleinen Mann, wie z. B. im Falle der Unfallversicherung, Pflichten, die sie nur dann leisten können, wenn wir ihnen ihr Auskommen und ihren Unterhalt sichern. Ich freue mich, daß Europa endlich Front macht gegen die Männer gewisser Coalitions von Großkapitalisten, die durch Actiengenossen, Frachtendruck &c. es bisher verstanden haben, Getreide vom Auslande, wo sie ihr Capital angelegt haben, billiger hierher zu schicken. Die Schutzpolitis führt uns ganz logisch weiter zur Socialpolitik, und ich hoffe, daß dies der Boden sein wird, auf dem sich alle nationalgesinnten Parteien zum Besten unserer Industrie und unserer Arbeiter vereinigen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Alexander Meyer: Der Vorredner warnte uns davor, jetzt schon über das Branntweinmonopol zu sprechen, und um uns durch die That zu beweisen, wie unzweckmäßig das sei, hat er selber eine Rede darüber gehalten. (Heiterkeit.) Wir sind übrigens, seitdem wir wissen, daß die Vorlage beim Bundesrat schwet, ganz einverstanden damit, mit der Debatte darüber noch zu warten. Wenn wir inzwischen nicht gerade davon abrathen, daß man im Lande mit Petitionen gegen das Monopol vorgeht, so folgen wir darin nur dem Beispiel, welches Sie (nach rechts) uns mit Ihrer Agitation für die Getreidezölle und die Doppelwährung gegeben haben. Wenn die Herren auf der Rechten, wie es in dieser Debatte geschehen ist, klagen, daß die Eisenbahnen das Getreide billiger gemacht hätten, so klagen Sie doch die Abschaffung aller Schienenwege vor; das wäre ein radicales Mittel, die Getreidepreise zu heben! Statt dessen aber bewilligen Sie neue Postdampfer, durch welche wohl manche Waare vom Auslande zu uns importiert werden wird. Man wirft uns vor, daß wir die Wirtschaftspolitis der Regierung auf Schritt und Tritt bekämpfen; nun in der jüngsten Thronrede fand sich ein Wort, mit dem wir voll und ganz übereinstimmen, wenn auch der Abg. v. Kardorff die Sache so dreht, als ob die Ansicht der Thronrede eigentlich die meines Freunden Barth. Die Thronrede sagt, die vorhandene Überproduktion fliege aus der Schutzpolitis. Wenn man trotzdem sagt, die Schutzpolitis sei nicht schuld an der Krise, so ist das ebenso, als wenn ein Arzt, dem ein Patient stirbt, sagen wollte: „Ja, er ist nicht an seiner ursprünglichen Krankheit gestorben, sondern an einer, die er vertragen habe, sondern daran, daß diese Medizin eine neue Krankheit in ihm erzeugt hat.“ (Heiterkeit.)

Man wirft uns vor, wir wollten die Grundrechte drücken. Wir wollen nur, daß der Preis vom Grund und Boden wieder soweit zurückgeht, wie er künstlich gestiegen ist. Eine Nation wird niemals ärmer dadurch, sie erlogene Werthe vernichtet, so wenig, wie ich durch die Entdeckung, daß mein König, den ich für einen Brillantring hielt, unrecht sei, thatäglich ärmer werde. Sollen wir endlich jetzt, nachdem Sie sieben Jahre lang vergeblich curirt haben, zu Ihrer neuen Universalmedizin, der Doppelwährung, Vertrauen haben? Herrn von Kardorff bewundere ich beiläufig um sein Talent, Ausdrücke, die anderen nicht so leicht unerträglich entzünden würden, sicher am Sitz des Präsidenten vorbeizuführen. So sagte er gestern, wir wären nicht wert, Männer wie Lavelle und anderen die Schulsohlen zu lösen. Er hat wohl Schulreiten gelehrt, denn Schulsohlen löst man nicht, die treten sich von selbst ab, ebenso wie ihre ganze Schutzpolitis. Wenn Sie die Doppelwährung ernstlich wollen, warum fassen Sie nicht den Stier bei den Hörnern und bringen Initiativanträge ein? Lebzigens danke ich Herrn v. Kardorff, daß er uns so oft den Zusammenhang der Silberwährung mit dem Import indischer Weizens klargestellt hat, daß er uns offen sagte, der Weizen könne in Ländern mit Silberwährung deshalb billiger gebaut werden, als in Goldwährungsändern, weil sich in jenen Ländern die Arbeiter mit den schlechten, entwerteten Silbermünzen begnügen müssen und keine Lohnerhöhung durchsetzen können. Dies ist also das Los, das Herr v. Kardorff auch unseren Arbeitern bereitet möchte. (Schr. richtig! links.) Die indischen Zustände möchte er bei uns einföhren! Mir ist lieb, daß dies klarstellte ist. Man wird auch in weiteren Kreisen darauf hören, und namentlich wünschte ich, daß es der Abg. Kanfer gehört hätte, der ja unter seinen Parteigenossen am meisten der Belehrung in Währungsfragen bedürftig zu sein scheint. (Heiterkeit.) Die Doppelwährung soll nach der Absicht der Herren von Rechis diejenigen Leistungen verringern, die die Herren zu machen haben, und diesen Leistungen vernehmen, die sie zu empfangen haben. Das ist das ganze Geheimnis ihrer Doppelwährung, das ist das Geheimnis des Agrarierthums und kurz ausgedrückt heißt es: „Stirb, damit ich lebe!“ (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Ich bestreite dem Vorredner, daß wir bei uns indische oder russische Münzverhältnisse mit unterertheiligem Metall einführen wollen, wir wollen lediglich das Mizverhältnis zwischen Gold und Silber befestigen. Sie sagen, dies sei nicht möglich. Nun, in Frankreich war es zur Zeit der Doppelwährung doch möglich, da überstieg das Agio nicht die Transportkosten des Metals zwischen London und Paris. (Widerspruch links.) Es sind also keine egoistischen Motive bei den Bimetallisten vorhanden. Die Abschaffung des Agios würde unserer ganzen gewerblichen Thätigkeit zugute kommen, namentlich der ärmeren Bevölkerung. Ist es denn ein gerechter Zustand, wenn, wie es jetzt geschieht, den wenigen Millionen Wohlhabender das Gold zugewiesen wird, und die vielen Millionen Nichtbesitzender auf den Verkehr mit Silber beschränkt sind? Leider aber haben gerade die Führer der Arbeiterbewegung für die Währungsfrage gar kein Verständniß. Die Arbeiterverhältnisse werden durch die Wiederherstellung der Vollwertigkeit des Silbers nicht gefährdet, sondern gehoben. Desgleichen muß die in unerträglicher Weise heruntergegangene Rente des Grund und Bodens gehoben werden, wenn das Land wieder wirtschaftlich prosperieren soll. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger: Ich bestreite dem Vorredner, daß wir bei uns

indische oder russische Münzverhältnisse mit unterertheiligem Metall einführen wollen, wir wollen lediglich das Mizverhältnis zwischen Gold und Silber befestigen. Sie sagen, dies sei nicht möglich. Nun, in Frankreich war es zur Zeit der Doppelwährung doch möglich, da überstieg das Agio nicht die Transportkosten des Metals zwischen London und Paris. (Widerspruch links.) Es sind also keine egoistischen Motive bei den Bimetallisten vorhanden. Die Abschaffung des Agios würde unserer ganzen gewerblichen Thätigkeit zugute kommen, namentlich der ärmeren Bevölkerung. Ist es denn ein gerechter Zustand, wenn, wie es jetzt geschieht, den wenigen Millionen Wohlhabender das Gold zugewiesen wird, und die vielen Millionen Nichtbesitzender auf den Verkehr mit Silber beschränkt sind? Leider aber haben gerade die Führer der Arbeiterbewegung für die Währungsfrage gar kein Verständniß. Die Arbeiterverhältnisse werden durch die Wiederherstellung der Vollwertigkeit des Silbers nicht gefährdet, sondern gehoben. Desgleichen muß die in unerträglicher Weise heruntergegangene Rente des Grund und Bodens gehoben werden, wenn das Land wieder wirtschaftlich prosperieren

Vom Jahre 1871 ab haben wir die höchste Getreidepreise dieses Jahrhunderts gehabt. 1880 erreichte der Weizen, 1881 der Roggen die oberste Preisgrenze. Wenn ^zudem die Preise heruntergegangen sind, so liegt doch darin nicht ein Bezeichnungsfehler dauernder Calamität der Landwirtschaft. Das Amerika sieht fortgelebt konkurrieren kann, erkennt man auch daraus, daß sich ^zach die Weizenproduktion in Amerika erkennbar eingeschränkt hat und der Export an Weizen um viele Millionen Centner zurückgegangen ist. Die Gefahr einer indischen Konkurrenz ist ebenfalls stark übertrieben, das haben mich eigene Erfahrungen gelehrt, die ich durch regelmäßige englische Berichte über den Saatennmarkt zu beurteilen in der Lage bin.

An den ferneren Debatten beteiligten sich die Abg. v. Kardorf, Dr. Frey, Dr. Bamberg und v. Kölle.

Der Titel wird bewilligt.

Die Tit. 2 (Tabaksteuer), Tit. 3 (Rübenzuckersteuer), Tit. 4 (Salzsteuer), werden ohne Debatte bewilligt.

Zum Tit. 5 Brantweinsteuer und Übergangsaufgabe von Brantwein liegt folgende Resolution der deutschfreisinnigen Partei vor: "Der Reichstag möge beschließen, zu erklären: 'Die Einführung des Brantweinmonopols ist in politischer wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung verwerflich.'

Abg. Richter: Es ist nicht unsere Absicht, eine materielle Debatte über die Frage des Brantweinmonops zu veranlassen. Daraus muß ich doch gegen eine Aeußerung des Abg. Gerlich protestieren, als ob es etwa ungehörig sei, hier über das Monopol zu sprechen, ehe die Vorlage ^{an uns} gelangt ist. Für das Monopol haben gerade seine Freunde im anderen Hause zu sprechen angefangen, obgleich das Monopol an dasselbe nie gelangt ist, noch überhaupt gelangen wird, und Herr v. Scholz, der preußische Finanzminister, hat bei Einbringung des Etats im Abgeordnetenhaus eine förmliche Rede für das Monopol gehalten. Der Zweck der Einbringung unserer Resolution war, die Parteien und das Land schrift und bestimmt auf die Dinge hinzuweisen, welche sich hinter den Coussinen vorbereiten. Ansfangs wurde dem Antrag von den Gegenparteien ein gewisser Spott entgegengesetzt, man sprach von Seifenblänen, von einem Kampf gegen Windmühlen, von Absichten, die man nicht kenne, u. s. w. Aber am 24. December, neun Tage nach der Einbringung der Resolution, gab die Regierung ohne Weiteres zu, daß sie sich mit einem solchen Plane beschäftige, und am 8. Januar bereits war ein förmlicher Entwurf an den Bundesrat gelangt und veröffentlicht. Wir haben durch den Antrag befürchtet, daß wir früher aufgestanden sind, und wir sprechen uns ein Verdienst zu, mitgeholfen zu haben, das Land gegen eine offenbar beabsichtigte Überrumpfung in dieser Frage zu schützen. Eine Stellungnahme der Parteien haben wir soweit erreicht, daß das Centrum im Abgeordnetenhaus durch Herrn v. Schorlemer gestern eine ganz scharfe Erklärung gegen das Monopol abgegeben hat. Die conservative Partei hat wenigstens Bedenken geäußert und sich gewissermaßen auf die Etappe des Rohspiritus-Monopols zurückgezogen. Umso mehr bedauere ich, daß wir bis jetzt noch nicht im Klaren sind über die Haltung der nationalliberalen Partei. Wenn sie eine entschiedene Erklärung gegen das Monopol abgibt, so zweifle ich nicht bei dem Auseinander, welches sie gerade beim Herrn Reichskanzler genießt, daß sie wesentlich dazu beitragen würde, ihn zu bestimmen, von einer weiteren Verfolgung dieses Planes abzustehen. Eine feste Haltung der Nationalliberalen gegen das Monopol würde auch einen großen Theil der Beunruhigung abföhren, die das Project für das Land mit sich bringt. Es handelt sich jetzt nicht darum, das beantragte Monopol für verwerflich zu erklären. Jetzt handelt es sich um ein bestimmtes Project. So ist es fraglich, ob es richtig ist, den Antrag materiell weiter zu verfolgen, ganz abgesehen davon, daß nach unserer Geschäftsordnung eine Abstimmung über die Resolution erst in dritter Lesung möglich ist. Ich behalte mir vor, die Resolution bei der dritten Lesung wieder einzubringen. Am Besten wäre es schon, wenn das Monopol vorher verworfen würde. Wir würden, das bis dahin die Frage zur Abschaffung gelangt ist und nichts im Lande versäumt wird, was geeignet wäre, die Opposition im Lande gegen dieses verwerfliche Project zu vermehren. Herr Gerlich und andere Redner der Conservativen haben versucht, diejenigen Anträge als heikeli hinzutun, als verwerflich, daß Wirths im Circularen ausgefordert haben, Petitionen gegen das Monopol zu unterschreiben. Die Leute thun nichts anderes, als was die Conservativen in ihren Casinos in Bezug auf die Einführung des Wollzolls selbst thun. Der Unterschied ist nur der, daß diese ihre besonderen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit vertreten, während jene nur ihren privaten Erwerb schützen wollen. Die Verstärkung der Opposition gegen dieses Project ist um so notwendiger, als es nicht darauf ankommt, bei diesem Project den Reichskanzler überhaupt zu schlagen, nein, der Reichskanzler muß so geschlagen werden, daß es ihm für immer verleidet wird, mit ähnlichen Monopolprojekten wiederzukommen, welche große Kreise der Bevölkerung unzufrieden und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch mehr verschlimmern. (Beifall links; Widerspruch rechts.)

Schatzsekretär v. Burchard: Herr Richter hat mit erhobener Stimme seinen Antrag selbst als einen agitatorischen bezeichnet. Ich beschäftige mich aber nicht mit der Höflichkeit, die er fast allen Parteien des Hauses, wenigstens den Nationalliberalen, gespendet hat. Ich habe mich nur mit denjenigen Worten zu beschäftigen, welche er in Bezug auf den Bundesrat geäußert hat. Er sagte, die Resolution seiner Partei hätte dazu beigetragen, die offenkundige Abhängigkeit der Überrumpfung aufzudecken. Das ist doch wirklich ein sehr schwerer und dazu grundloser Vorwurf gegen den Bundesrat. Das kennzeichnet so recht die Art und Weise, wie der Herr über den Bundesrat spricht. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin leider gewohnt, daß von jener Seite in dieser Beziehung das Aeußerste geleistet wird. Ein so großes Opus, wie dieses, bedurfte einer eingehenden Ausarbeitung. Es wurde am 8. Januar an den Bundesrat gebracht und an den selben Tag gegen die sonstige Gewohnheit veröffentlicht. Wir haben gerade dem Lande Gelegenheit gegeben, sich möglichst früh mit dem Project zu beschäftigen. Wie kann also der Abg. Richter den Bundesrat beschuldigen, er hätte das Land überrumpeln wollen! Derartige agitatorische Reden — anders kann ich sie nicht bezeichnen — werden hoffentlich das Land nicht abhalten, die Sache ruhig zu prüfen, denn nur so ist ein gedeihlicher Erfolg zu erwarten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Buhl: Ich weiß nicht, ob Herr Richter die Resolution zurückgezogen hat oder sie nur nicht discutiren will. Ist sie nicht zurückgezogen, so habe ich im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir gegen die Resolution Aussatz stimmen werden, ohne damit zu dem materiellen Inhalt derselben irgendwie Stellung zu nehmen. Nachdem bereits eine bezügliche Vorlage bei dem Bundesrat eingereicht ist, würde die Annahme der Resolution im gegenwärtigen Augenblitke die Ablehnung eingehender Erwagungen eines betreffenden an den Reichstag gelangenden Gesetzes bedeuten, eine Ablehnung, welche auch nicht von den Gegnern des Entwurfs ausgesprochen werden sollte, da sie ebenso wenig die Bedeutung der Frage als den constitutionellen Uebungen entsprechen würde.

Abg. v. Kölle: Wenn Herr Richter angeführt hat, daß der preußische Finanzminister die Frage des Monopols im preußischen Abgeordnetenhaus ausführlich besprochen habe, und daß auch der Abg. Gerlich auf dieselbe eingegangen sei, so vergiftet er, daß Herr Barth es gewesen ist, der die Monopolfrage zuerst in die Debatte gezogen hat. Nebenrath hat uns die Einbringung der Resolution von der freifinnigen Partei nicht, wir sind an ein derartiges agitatorisches Vorgehen gewöhnt. Schon im Jahre 1880 lag ein ähnlicher Fall vor. Damals lag auch ein Antrag des Abg. Richter vor, das Tabakmonopol für ungerechtfertigt zu erklären. Wir sind es gewohnt, ihre Apostel nach Bremen, Stettin und in andere Städte ziehen zu sehen, um Propaganda gegen eine Vorlage zu machen, die noch nicht da ist. Wir leiten ihre Reden (Sehr wahr! links.) Aber geben wir auf den Sinn ein, so zeigt sich, neuerdings erst entstanden ist, sogar eigene Flugblätter über diese Frage herausgekommen. Die Zeitung scheint allerdings noch nicht recht in Aufschwung zu kommen. (Heiterkeit rechts.) Am Schluss kommt dann immer bei der Geschichtliche zum Abonnement, was auch vielleicht der Hauptzweck durchaus gewöhnt sein wird. Wir finden also an die agitatorische Weise regel bestimmt; aber gewundert haben wir uns doch, daß sie eine klare Vorlage ist, ehe sie faßbare Gestalt hat. (Widerspruch links.) Die Richter, dies erklärten Sie nur für „ungerechtfertigt“, das Brantweinmonopol steht anscheinlich entgegen. Auch der Ton der stützlichen Entrüstung, den Herr anderen Factor der Gesetzgebung entgegenstellt, entspricht dem durchaus. Aus Rücksicht auf den noch im Bundesrat berathen dürften wir auf die Sache, so lange sie selber erklären, wie der Graf Stolberg gegenüber der Richterischen Resolution, betreffend das Tabakmonopol im Jahre 1880: "Es ist eine unerwartete Truppe, die ihre Gewehre abschießt, ehe sie den Gegner gesehen hat, wenn dann die wirkliche Action kommt, mangelt die Munition." (Abg. Barth: Wir haben Patronen genug gehabt!) Auch die jetzige Re-

olution war nur eine unberechtigte Agitation und Aushebung. (Abg. Braun: Ist Aushebung ein parlamentarischer Ausdruck?)

Abg. v. Frankenstein: Ich kann mich auf die Erklärung beschränken, daß, nachdem die Resolution zurückgezogen ist, wir keine besondere Veranlassung haben, zu der Frage des Monopols Stellung zu nehmen.

Abg. Richter: Ich kann nur bedauern, daß die nationalliberale Partei tatsächlich keine bestimmt erkennbare Stellung zu der Frage eingenommen hat. Wer dies nicht thut, der ist mit verantwortlich für die große Beunruhigung, die über weite Kreise gebracht ist. Für die nationalliberale Partei lag es um so näher, eine bestimmte Stellung zu ergreifen, als große Organe derselben bereits eingeschworen haben, während diese Kreise ihrer Wähler erklären, daß sie von dem Monopol nichts wissen wollen.

Hoffentlich werden dieselben Veranlassung nehmen, Ihnen das jetzt besser zur Kenntnis zu bringen. Herrn von Kölle bin ich dankbar, daß er mich an das Jahr 1880 erinnert hat. Damals war ich es, wie heute, der die gegen das Monopol gerichtete Resolution veranlaßt hat. Er hätte sich hüten sollen, die Worte von der verschossenen Munition zu verlesen. In Munition hat es uns wahrlich nicht gefehlt, als das Monopol wirklich erschien. Gerade darum, weil wir die öffentliche Meinung vorbereitet hatten, ist es uns in so glänzender Weise gelungen, das Monopol aus dem Felde zu schlagen, so daß auch viele Conservative dagegen stimmten. Gegenüber muß es mit dem gegenwärtigen Monopol geschehen, daß ich weit verwerflicher halte, als das Tabakmonopol. Sie werfen uns Agitation vor. Der Meister der Agitation ist aber der Reichsfanzer selber; ihn nehmen wir uns zum Muster, und folgen ihm, so weit uns das als unabkömmlinge Männer möglich ist. Herrn von Burchard sage ich, daß ich vom Bundesrat gar nicht gesprochen habe, der kommt hier gar nicht in Frage, die Herren vom Bundesrat sind auch überrumpelt worden, wenigstens die kleineren. Wenn ich angeklagt habe, das ist die preußische Regierung. Dies klar zu stellen, war der Zweck unserer Resolution, die wir jetzt zurückziehen, aber bei der dritten Lesung wieder einbringen werden, wenn nicht dann schon das Monopol in die Brüche gegangen ist. (Beifall links.)

Abg. Geiser erklärt, daß seine Partei gegen das Monopol stimmen werde.

Abg. Graf Behr: Meine Partei erachtet es nicht für opportun, im gegenwärtigen Augenblick eine Stellung zu der Monopolfrage zu nehmen.

Abg. Buhl: Herr Richter hat gemeint, daß wir eine ganz besondere Veranlassung hätten, uns über das Monopol auszusprechen. Von keiner Partei ist entschieden Stellung zu demselben genommen worden, insbesondere ist das von der ausgeschlagenden Partei, des Centrums, bis jetzt nicht gegeben.

Abg. Richter: Im Lande weiß ein Jeder, wie das Centrum über das Monopol denkt; wenn Ihre Stellung so klar wäre, wie die des Centrums, so würden wir mit Ihnen vollständig zufrieden sein.

Abg. Windhorst: Ich wollte den Abg. Buhl blos fragen, ob, wenn wir unsere Stellung noch deutlicher ausdrücken, auch er sich deutlich und bestimmt auslassen wird. Wir meinen, wir hätten über das, was wir denken, keinen Zweifel aufkommen lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Buhl: Wenn es Zeit ist, werden auch wir nicht verscheuen, unsere Antwort zu geben.

Abg. Windhorst: Ich sehe das als eine Verneinung meiner Frage an. (Große Heiterkeit.)

Abg. Buhl: Ich sehe nicht ein, wie wir im gegenwärtigen Augenblick eine andere Haltung beobachten können.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 6 (Brau- und Salzsteuer) empfiehlt Abg. Beitz nachstehende Resolution: Die verbündeten Regierungen um baldmöglichste Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung der Brau- und Salzsteuer vom 31. Mai 1872 in der Richtung zu eruchen, daß bei der Vorbereitung zum Ertrag von Malz andere Stoffe nicht mehr verwendet werden dürfen.

Um 5 Uhr verlädt das Haus die weitere Debatte bis Sonnabend 2 Uhr.

Berlin, 22. Januar. Aus der gestrigen Bundesratssitzung ist nach dem offiziellen Bericht noch Folgendes nachzutragen: Zu Gunsten der besoldeten, mit consularischen Befugnissen angestellten kaiserlichen Beamten, welche in außereuropäischen Ländern eine längere als eine einjährige Verwendung gefunden haben, wurde beschlossen, daß denselben die daselbst zugebrachte Dienstzeit bei Verwendung in den unter deutschem Schutz stehenden Gebieten von Togo, Kamerun und Südwest-Afrika, sowie in Zanzibar bei der Pensionirung doppelt in Anrechnung gebracht werde. Ferner wurde beschlossen, die in der betreffenden Vorlage vorgeschlagenen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb zu erlassen. Einer Eingabe, betreffend die Ermäßigung der Steuer für Tabaktrippen aus den Transitlagern, einem Antrag auf Befreiung eines Betriebes von der Unfallversicherungspflicht und einem Gesuch um Gewährung von Entschädigung für Verluste aus Anlaß des Unfallversicherungsgesetzes wurde keine Folge gegeben. Ferner wurde beschlossen, daß dem vom Reichs-Versicherungsamt vorgelegten Antrage auf Einberufung einer Generalversammlung behufs Bechlußfassung über die freiwillige Bildung einer Berufsgenossenschaft der Kellerbetriebe der Weinbranche auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes nicht stattzugeben und aus einer Eingabe, betreffend die Auszahlung des Sterbegeldes auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes, ein genügender Anlaß zu einer Verfügung für den Bundesrat nicht zu entnehmen sei.

Berlin, 22. Jan. Die Budgetcommission des Reichstages hat heute statt der im Etat geforderten Vermehrung des Militärpersonals der Marine um 826 Mann nur 526 bewilligt, und zwar, um aus finanziellen Gründen einer ungemeinigen Vermehrung der Marine vorzubeugen. Dabei erklärte der Chef der Admiralität, daß eine Entwicklung der Marine zu einer solchen ersten Ranges nicht beabsichtigt werde. Man wolle etwa der russischen Marine gleichkommen. Das Tempo, in welchem die Vermehrung vor sich gehe, hänge ab vom Gange unserer äußeren Politik. Schon im verlorenen Jahre habe man in Folge der Anforderungen der Colonialpolitik mehrfach auswärtige Marinestationen reduziert müssen. In Folge des von der Commission beschlossenen Abstriches liege die Gefahr nahe, daß, wenn wieder größere Anforderungen an die Marine herantrete, man zu einer teilweisen Mobilisierung schreiten müsse.

Berlin, 22. Jan. In der Commission des Reichstags für die Zuckersteuervorlage ist heute die Generaldebatte beendet worden, als deren Resultat sich herausstellte, daß eigentlich Niemand mit der im Entwurf vorgeschlagenen Lösung befriedigt ist. Es werden zahlreiche Abänderungsanträge eingebracht werden, und um den Mitgliedern dazu Zeit zu lassen, findet die nächste Sitzung erst in acht Tagen statt.

Berlin, 22. Jan. In der Commission des Reichstages für die beiden Anträge, betreffend die Verzollung der Petroleumfässer und die Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitigkeiten, kam es heute zu einer Art Generaldebatte, in der Staatssekretär von Burchard sich vergleichbar bemühte, die Verordnung des Bundesrates begünstiglich der Verzollung der Petroleumfässer rechtlich zu begründen. Es gab zu, daß die Verordnung nur verfolgt sei, um das in Eisenwagen eingehende russische Petroleum zu begünstigen, und stellte dabei die Behauptung auf, daß der Bundesrat im Interesse der Industrie und des Handels materielle Interpretationen des Zolltarif vornehmen könne.

Berlin, 22. Januar. In einer großen Versammlung der Kornbrenner und Pressefabrikanten aus allen Theilen Deutschlands, die heute hier stattfand, wurde nach einem Referat des Abg. Dr. Witte-Rostock einstimmig beschlossen, zu erklären, daß das Brantweinmonopol in jeder Form verwerflich sei, weil durch dasselbe die genannten beiden Industrien vollständig ruinirt werden müssten.

Berlin, 22. Januar. Bei der heute angesangenen Ziehung der 4. Klasse der 173. Königlich preußischen Klasselotterie fielen: 1 Gewinn von 450 000 M. auf Nr. 25 063, 3 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 5150, 19 727 und 25 113.

(Aus Wolff's Telegraphischen Bureau.)

Bremenhaven, 22. Januar. Gegen Abend entstand in 200, an dem neuen Hafen lagernden Ballen Baumwolle Feuer. Es gelang mit Hilfe der Schiffsspritzen, dasselbe auf seinen Herd zu beschränken und weitere Gefahr fernzuhalten.

Weimar, 22. Jan. Der Landtag genehmigte einstimmig die Forderung für das Goethe-Museum.

König, 22. Jan. Das Grünbuch über die ostromelische Affäre umfaßt die Periode vom 13. November 1885 bis 8. Januar 1886. Am 13. November ertheilte Nobilant dem italienischen Botschafter in Konstantinopel Instructionen, sich welcher gemeinsamen Action immer den Botschaftern von Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland anzuschließen, die sich auf die Ertheilung von Ratschlägen zur Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten beschrankt. Eine Depesche Nobilants vom 19. November an den Geschäftsträger in Wien erklärte, insofern es sich ausschließlich darum handle, sich zu Gunsten des Friedens in der Respectirung der Verträge zu verwenden, die Mitwirkung Italiens als gesichert; dasselbe behalte sich jedoch für den Fall des Aufstiegs neuerlicher Besorgnisse die Freiheit der Beurtheilung vor, wobei er aber wünsche, fortgesetzt in seiner Politik sich den gemeinsamen Ansichten beider Centralreiche anzuschließen. Am 24. November schließt sich Italien der von Österreich-Ungarn unterstützten Initiative Russlands betreffs eines Collectivs zur unverzüglichigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Serbien und Bulgarien an. Am 18. Dezember erklärte Nobilant dem türkischen Geschäftsträger, daß der Ideenaustausch über Ostromelien zwischen den Cabinetten fortgesetzt und der Erfolg durch den Geist der Mäßigung der Pforte erleichtert werde. Am 25. December bestätigt Nobilant in einer Besprechung mit dem erwähnten Geschäftsträger diese Erklärung, in dem er hinzufügt, Italien werde auch diesmal fortfahren, sich als aufrichtiger, uninteressirter Freund zu zeigen, auf welchen die Pforte vertrauensvoll rechnen könne. Am 31. December wird Nobilant bezüglich des Circulars vom 31. December, worin Griechenland wünscht, daß man anlässlich der Regelung der Balkanfrage auch gleichzeitig die Frage der Nordgrenze Griechenlands regeln möge, in einer Depesche, daß, wenn die Note Delianis einen Schlüß zulasse, es im Sinne einer eventuellen Revision des Berliner Vertrags wäre, wozu jedoch gegenwärtig keine Macht geneigt sei.

Belgrad, 22. Jan. Pirotschanas und Novakowitsch veröffentlichten eine Erklärung, daß sie, da die Entscheidung des Executivausschusses der Fortschrittspartei mit ihren eigenen Ansichten nicht übereinstimmen, und um nicht eine Spaltung innerhalb der Fortschrittspartei herbeizuführen, sich gänzlich ins Privatleben zurückziehen.

Hamburg, 21. Januar. Der Postdampfer "Teutonia" der Hamburg-Americanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft hat, von Westindien kommend, gestern Scilly passiert.

Handels-Zeitung.

Breslau, 22. Januar.

* Zuckersfabrik Neuhofer. Aus Görlitz wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Um die von den jetzigen Besitzern beabsichtigte Einstellung des Betriebs und das völlige Eingehen der grossen Zuckersfabrik Neuhofer bei Liegnitz zu verhindern, ist ein Capitalisten-Consortium zusammengetreten, welches die Fabrik nebst den dazu gehörigen Gütern ankaufen will, falls die Landwirthschaft der Umgegend ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, die Fortführung des Fabrikbetriebes sicher zu stellen. Am Freitag wird die entscheidende Versammlung stattfinden.

Zahlungsstockungen und Concurrenz.

* Concours-Eröffnungen. Handelsfrau Sara Salomon, geb. Weil, in Firma S. Salomon, in Altona. — Fabrikant Richard Bückner in Apolda. — Kaufmann Carl Malcomess, in Firma Carl Malcomess, zu Frankfurt a. O. — Schuhmachermeister Johann Hübbers zu Kervenheim. — Franz Rittergutsbesitzer Hedwig v. Wedell, geb. v. Oppen, und Rittergutsbesitzer Louis v. Wedell-Niederwitz zu Goldap. — Schieferdeckermeister Franz Gottfried Wilhelm Kirchner in Kiel. — Geldschrankfabrikant Robert Neumann in Königsberg. — Schneidermeister Julius Bengel in Kyritz. — Banunternehmer Jacob Stoltz in Brunstatt. — Kaufmann und Materialwarenhändler Max Georg August Haase in Neustadt bei Stolp. — Pferdehändler Heinrich Wilken zu Rehna. — Erbpachthofbesitzer C. Bunnemann zu Neu-Kleth.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung. Berlin, 22. Januar. Neueste Handels-Nachrichten. In hiesigen unterrichteten Kreisen glaubt man, dass die Reichsbank bei der Herabsetzung ihres Discontsatzes auf 3½ Procent nicht stehen bleiben kann, dass dieselbe vielmehr in nicht ferner Zeit ihren Satz noch weiter erniedrigt werden. In Frankfurt a. M. hat die Reichsbank den Discont für den Ankauf von Wechseln im offenen Markt auf 2½ Procent herabgesetzt. — In der am 19. c. in Wien stattgehabten Verwaltungsratssitzung der Oesterreichischen Local-Eisenbahn-Gesellschaft wurde die Mittheilung gemacht, dass das österreichische Ministerium die Ausgabe von 11 Millionen Mark 4prozentiger Gold-Prioritäten genehmigt hat. Dieselben sind von einem Consortium, bestehend aus der Berliner Handelsgesellschaft, den Firm

einigen wieder einmal ungünstige Gerüchte über die Wassercalamiät bei den Kaliwerken Aschersleben. Oesterreichische Creditactien schlossen 492,50 und Disconto Comanditanteile 197,87. Unter den übrigen Bankpapieren gewannen Preussische Immobilienbank 2 pCt. und Bank für Sprit- und Productenhandel 3/4 pCt. Das Geschäft in den Oesterreichischen Bahnwerthen war ein sehr geringfügiges. Dux-Bodenbacher Eisenbahn-Actionen und Galizische Carl Ludwigsbahn-Actionen verkehrten in matter Haltung zu etwas ermässigtem Course. Schweizer Bahnen waren gleichfalls vernachlässigt, doch lagen Gotthardbahn-Actionen fest. Unter den Russischen Bahnen sind als lebhaft und steigend Donezbaahn-Actionen zu erwähnen, welche sich schon seit einiger Zeit in Folge der Unterhandlung der Russischen Regierung wegen Ankaufs der Bahn ein grösseres Interesse zugewandt hat. Grosses Russische Eisenbahn-Actionen waren auch heute matt. Die heimischen Bahnwerthe erfreuten sich heute im Allgemeinen einer besseren Tendenz, namentlich Marienburg - Mlawka Eisenbahn-Actionen, welche von 54 1/2 bis 55 1/2 pCt. avancirten. Unter den Nebenbahnen waren Berlin-Dresdner Stammpriorityen und Saalbahn-Stamm-Priorityen einen geringen Bruchtheil höher. Der Rentenmarkt konnte sich nach schwacher Eröffnung befestigen, es verkehrten schliesslich russische Werthe und serbische Rente in recht zuversichtlicher Haltung; letztere avancirten bis 82 pCt. Sehr animiertes Ultimogeschäft fand in 4 proc. preussischen Consols statt, welche bis 105,10 gehandelt wurden. Für russische Priorityen giebt sich eine anhaltend günstige Stimmung kund, es wurden heute wieder speziell Südwestbahn-Priorityen bei 4 1/2 pCt. besseren Courses, sowie Wladikawkas und Rybinsk Bologie 2 Em. zu ebenfalls besseren Courses aus dem Markte genommen. Angesichts der steigenden Tendenz des Glasgower Marktes bewahrte auch der speculative Montan-Aktionmarkt eine feste Haltung und wurden kleine Coursbesserungen erzielt. Von den per Cassa gehandelten Montanpapieren verloren Anhalter Kohlen 1 pCt., Rhein-Nassau-Bergwerk 1 1/2 pCt. und Hibernia 8 pCt., Chamrock 3/4 pCt. Unter den übrigen übrigen Industriewerthen verloren Schlesische Cement 1 1/4 pCt. und Erdmannsdorfer 1 pCt.

Berlin, 22. Januar. **Productenbörse**. Die heutige Productenbörse eröffnete in fester Haltung, verlor dieselbe für Weizen aber sofort, als eine russische Commissionsfirma zu den 1 1/4 - 1 1/2 M. höheren Preisen mit ansehnlichen Verkäufen in den Markt trat. April-Mai verlor 1 M., Mai-Juni 1 1/4 M., Juni-Juli und Juli-August jedoch nur 1/2 M. gegen höchsten Tagesscours. Roggen war ungünstig davon beeinflusst und büste ebenfalls 1/4 - 1/2 M. von seinen Anfangscourses ein. Das Locomo-geschäft blieb Mangels grösseren Angebots still. — Gerste geschäftsflos. — Hafer war in loco und für Termine flau und weichend. — Mais unverändert, per April-Mai 108, September-October 110 1/2. — Mehl matter. — Rüböl etwas schwächer. — Spiritus im Preise wenig verändert, aber sehr ruhig.

Paris, 22. Jan. **Zuckerbörse**. Rohzucker. 88 pCt. loco ruhig 35,75 bis 36,00, weisser Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kigr. per Januar 42, 75, per Februar 43,00, per März-Juni 43,75, per Mai-August 44,25.

London, 22. Januar. **Zuckerbörse**. Havannazucker Nr. 12 15 nom., Rüben-Rohzucker 14 1/2, flau, Centrifugal-Cuba 15 3/4.

Telegramme des Wolfschen Bureaus.

Berlin, 22. Jan. [Amtliche Schluss-Course.] Sehr still. **Eisenbahn-Stamm-Aktionen**.

Cours vom	22.	21.
Posener Pfandbriefe	101 40	101 30
Schles. Rentenbriefe	102 2	102 20
Goth. Frm.-Pfbr. S.I.	101 70	11 90
do. do. S.II	99 70	99 80

Eisenbahn-Freitänke-Obligationen.

Breslau-Freib.	4 1/2 %	102 50	102 50
Oberschl. 3 1/2 % Lit.E	98 70	58 70	
do. 4 1/2 %	102 50	102 50	
do. 4 1/2 % 1879	105	104 90	
R.-O.-U.-Bahn 4 1/2 % L.	—	—	
Mähr.-Schl.-Cstr.-B.	60 80	62 80	

Ausländische Fonds.

Italienische Rente	97 60	97 50
Gest. 4 1/2 % Goldrente	90 50	90 60
do. 4 1/2 % Papierre	67 30	67 50
do. 4 1/2 % Silberr.	67 80	68 —
do. 1880er Loosse	118	118 20
Poln. 5% Pfandbr.	61 60	61 70
do. Liqu.-Pfandbr.	55 90	56 —
Eura. 5% Staats-Obl.	93 40	93 4
do. 6% do. do.	104 90	104 —
Russ. 1880er Anleihe	83 20	83 20
do. 1884er do.	97 90	98 —
Orient-Anl. II.	61	61 40
do. Bod.-Cr.-Pfbr.	95 10	95 10
do. 1883er Goldr.	110 20	110 80
Türk. Consols conv.	13 90	13 80
do. Tabaks-Aktion	82 60	82 50
do. Loose	32 50	32 70
Ung. 4% Goldrente	81 30	81 30
do. Papierre	75	74 90
Serbische Rente	81 80	81 10

Bank-Aktionen.

Bresl. Discontobank	83 70	83 90
do. Wechslerbank	96 70	97 —
Deutsche Bank	150 70	150 70
Disc.-Commandit. 197 70	198 50	
Oest. Credit-Anstalt	492 50	493 50
Schles. Bankverein	101 50	101 30

Industrie-Gesellschaften.

Erst Bierkr. Wiessner	91 50	91 50
do. Eisenb.-Wagenb.	110 80	111 —
do. verein. Oefabrik.	63 50	63 50
Hofm.Waggonfabrik	113	112 50
Oppeln. Portl.-Comt.	95	95 —
Schlesischer Cement	127 50	128 75
Bresl. Pferdehahn.	—	139 50
Erdmannsdri. Spinn.	82	83 —
Kramata Leinen-Ind.	127	127 —
Schles. Feuerversich.	1360	1380 —
Bismarckhütte	107 80	107 90
Dennersmarkhütte	31 50	31 20
Dortm. Union St.-Pr.	58	57 60
Laurahütte	87	87 —
do. 4 1/2 % Oblig.	100 60	100 70
Görl.Eis.-Bd.(Lüders)	118 70	116 50
Oberschl. Eisb.-Bed.	34	34 40
Schl. Zinkh. St.-Act.	113	113 —
do. St.-Pr.A. 116	116 70	
Inowrazl. Steinalz.	30	30 —
Vorwärthütte	—	—

inländische Fonds.

Deutsche Reichsanl.	104 90	104 80
Preuss. Pr.-Anl. de 55	136 90	136 90
Prins. 3 1/2 % St.-Schuld	100	100 —
Prins. 4 1/2 % cons. Anl.	104 90	104 70
Prins. 3 1/2 % cons. Anl.	99 40	99 10

Privat-Dienst.

Amsterdam 8 T...	—	169 —
London 1 Lstrl. 8 T.	—	20 39
do. 1 3 M.	—	20 31
Paris 100 Fras. 8 T.	—	80 90
Wien 100 Fl. 8 T.	161	161 35
do. 100 Fl. 2 M.	160 70	160 80
Warschau 1000 RST.	199 90	199 95

Berlin, 22. Januar. 3 Uhr 10 Min. [Dringl. Origin.-Depesche der Breslauer Zeitung.] Lustlos.

Cours vom 22. **Cours vom** 21.

Gotthard.... ult. 111 50 111 62

Ungar. Goldrente.... ult. 81 12 81 25

Franzosen.... ult. 426 50 427 —

Mainz-Ludwigshaf. 99 — 99 —

Lombarden.... ult. 216 — 216 —

Conv. Türk. Anleihe 13 75 13 87

Italiener.... ult. 97 50 97 62

Russ. II. Orient-A. ult. 61 — 61 12

Dortmund - Gronau.... ult. 86 25 86 12

Enschede St.-Act. 62 25 63 62

Marienb.-Mlawka ult. 55 25 54 25

Ostpr. Städ.-St.-Act. 98 87 98 75

Serben.... ult. 81 87 81 12

Berlin, 22. Januar. [Schlussbericht.]

Cours vom 22. **Cours vom** 21.

Rüböl.... Ruhig.

April-Mai.... 43 90 44 —

Mai-Juni.... 44 30 44 40

Roggen.... Unveränd.

April-Mai.... 129 50 129 —

Mai-Juni.... 130 50 130 —

Petroleum.... loco 12 — 12 —

Frankfurt a. M., 22. Januar. Italien 100 Lire k. S. 80,60 bez.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Mittags. Credit-Actionen 237, 87.

Wien, 22. Januar, [Schluss-Course] Still.

Cours vom	22.	Cours vom	21.
1830er Loosse..	—	Ungar. Goldrente ..	—
1844er Leese..	—	40% Ungar. Goldrente 100 70	100 77
Credit-Actionen.	296 50	Papierrete ..	83 95
	296 80	Silberrente ..	84 30
Anglo	—	London	84 35
St.-Eis.-A.-Cert.	264 50	126 40	126 20
	265	Oesterr. Goldrente ..	111 80
Gumb. Eisenb.	132 75	Elbthalbahn	157 50
	132 75	157 50	157 25
Salziner	219 20	Elbthalbahn	157 50
	220 30	Wiener Unionbank	—
Japoleenesd'or.	10 01 1/2	Wiener Bankverein	—
	10	Wiener Bankverein	—
Jakobster	61 97	61 87	61 87

Paris, 22. Januar, 30% Rente 81, 20. Neueste Anleihe 1872 110, 15.

italien. 96, 92. Staatsbahn 525, 75. Lombarden —, —. Träge.

Paris, 22. Jan., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom 22. 21. Cours vom 22. 21.

Cours vom	22.	Cours vom	21.
proc. Rente	81 35	81 37	81 37
Amortisirbare	83 45	83 52	—
proc. Anl. v. 1872.	110 27	110 32	—
Ostal. 5proc. Rente	97 17	96 97	—
Oesterr. St.-E.-A.	531 25	530 —	—
do. ungar. 6pCt.	—	—	—
proc. Russen de 1871	96 3/4	96 3/4	—
proc. Russen de 1872	96 1/4	96 1/4	—
proc. Russen de 1873	96	96	—
do. ungar. 4pCt.	80 3/4	80 3/4</td	

Nachrichten aus der Provinz Posen.

Posen, 21. Januar. [Anklage wegen Vergehens gegen den Kanzelparagraphen.] Am 7. December v. J. und 18. Januar d. J. lag der Strafkammer zu Posen eine Anklagesache gegen den Geistlichen Karl Seichter zu Bomblin (Kr. Obořný) vor, mit der es sich nach Mittheilung des „Kurier Poznań“ folgendermaßen verhielt: In der Simultanschule zu Obořný ertheilt der Lehrer Dziubinski im Einverständniß mit dem Rector der Anstalt den polnischen Kindern in den zwei oberen Abtheilungen den Religionsunterricht in deutscher Sprache. Der Geistliche Seichter beprach dies Verfahren im August d. J. von der Kanzel, bezichtigte dasselbe als ein ungesetzliches, die Kinder polnischer Nationalität schädigendes, und forderte bei der Behörde zu protestieren. In Folge dessen verboten viele polnisch-katholische Eltern ihren Kindern, dem obigen Lehrer beim Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten. Der Geistliche Seichter wurde deswegen unter Anklage gestellt. In dem ersten Termine jedoch, am 7. December v. J., wurde die Angelegenheit vertagt, um von der königlichen Regierung Auskunft darüber zu erhalten, welche gesetzlichen Vorschriften in Betreff der Sprache beim Religionsunterricht in der Provinz Posen ertheilen. Nachdem diese Auskunft ertheilt worden war, ließ in zweitem Termine, am 18. d. M., der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Anklage wegen Vergehens gegen den § 130a des Strafgesetzbuchs fallen, indem er erklärte, die Worte des Angeklagten seien durchaus nicht geeignet gewesen, die Bevölkerung aufzureizen. Der Gerichtshof erkannte gleichfalls an: Der Angeklagte habe von der Kanzel die Aufmerksamkeit der Eltern dahin richten dürfen, daß sie sich zur Ertheilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache bei den Behörden bemühten, und sprach den Angeklagten frei; dagegen verurteilte er denselben in einer gleichfalls schwierigen Anklagesache wegen ungeeigneter Ausübung geistlicher Amts-handlungen zu zwanzig Mark Geldstrafe event. zwei Tagen Gefängnis.

Stadt-Theater.

Sonnabend. 22. Voss-Borsstellung. (Kleine Preise.) „Egmont.“ Trauerspiel in 5 Acten von W. von Goethe.

Sonntag. 23. Voss-Borsstellung. „Robert der Teufel.“ Große Oper mit Tanz in 5 Acten. Musik von G. Meyerbeer.

Nachmittag. (Anfang 4 Uhr.) Außer Abonnement. (Halbe Preise.) „Der Beilkenkrebs.“ Lustspiel in 4 Acten von G. von Moer.

Montag. 24. Voss-Borsstellung. „Die lustigen Weiber.“ Komische Oper mit Tanz in 3 Acten. Musik von O. Nicolai.

Lobe-Theater.

Sonnabend. Gastspiel vom Gesamt-Ballett des Friedrich-Wilhelminäischen Theaters in Berlin mit Fr. Clara Qualitz. „Les colombes de San Marco“, getanzt von der Prima Ballerina Fr. Clara Qualitz, den Solotänzerinnen Frs. Neumann und Rosch und dem Corps de Ballet. 2) „Valse gracieux“, getanzt von der Prima Ballerina Fr. Clara Qualitz. 3) Italienisches Fest. Ballettscene in 1 Act. Dazu: „Funken unter der Alte.“ Plauderei. „Taub muß er sein!“ Schwank. Sonntag. Gastspiel des Gesamt-Balletts mit Fr. Qualitz. 1) Les colombes de San Marco. 2) Valse gracieux, getanzt von der Prima Ballerina Fr. Clara Qualitz. 3) „Serialbilder.“ Ballettscene in 1 Act. Dazu: „Funken unter der Alte.“ — „Taub muß er sein!“ Nachmittag: Gastspiel des Gesamt-Balletts mit Fr. Cl. Qualitz. 1) „Ballabile carnavalesque.“ 2) „Janos und Marinka“, getanzt von der Prima Ballerina Fr. Qualitz und Fr. Neumann. 3) Ein Jubiläum. Ballettscene in 1 Act. — Dazu: „Lug und Trug.“ Lustspiel in 3 Acten von G. v. Moser.

Thalia-Theater.

Sonntag. „Der Zigeunerbaron.“ Operette in 3 Acten von J. Strauss. Nachmittag: „Der Bettelstudent.“ Operette in 3 Acten von E. Milöder. [1327]

Saison-Theater.

Sonnabend. Anf. 7½ Uhr: „Die Räuber.“ [1313]

Singacademie.

Die Chorproben mit Orchester finden statt: Sonnabend, Nachm. halb 4 Uhr, und Sonntag, 11 Uhr, im Concerthause.

Der Besuch dieser Proben ist nicht gestattet. [1309]

Singacademie.

Dienstag, 26. Januar, Abends 6½ Uhr, im Breslauer Concerthause:

II. Abonnement-Concert

Achilleus

von Max Bruch,

unter Leitung des Componisten.

Soli: Fr. Schauseil aus Düsseldorf, Fr. Klara Bruch, die Herren Gudehus, Kgl. Sächs. Kammer-sänger aus Dresden, Scheidemantel, Grossh. Sächs. Kammersänger aus Weimar, und Eugen Franck. [1082]

Billets à 4, 3 und 1½ Mark sind

in der Schletter'schen Buchhandlung. (Franck & Weigert) zu haben.

Privatunterrichts-Cursus

in Elementar- und Gymnasialschulen (auch im Hebräischen). [1639]

J. Neustadt, conc. Sprachlehrer,

Kurzgefaßt 1, 1.

Sprechstunden: 2-3 Uhr.

* Wongrowitz, 19. Januar. [Fünfzigjähriges Bürgermeister-Jubiläum.] Gestern feierte der hiesige Bürgermeister Alberti sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum, und zwar unter einer ehrenden Theilnahme der Bevölkerung. Schon im Jahre 1872 mit dem rothen Adlerorden vierter Klasse decoriert, erhielt der Jubilar am Tage des Dienstjubiläums den Kronenorden dritter Klasse verliehen. Mit der Überreichung des Ordens war der Landrat v. Urnau betraut, welcher sich des königlichen Auftrags in Gegenwart der Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten in feierlicher Ansprache eindrucksvoll entledigte. Vorher hatte eine feierliche gesungene Messe, gecelebriert vom Sohne des Jubilars, Propst Alberti, in der hiesigen Klosterkirche stattgefunden. Außerdem zahlreich war dann auch die Zahl der Gratulanten, welche dem Geehrten die Glückwünsche darbrachten. Der christliche Schulvorstand, die Volkschullehrer, die jüdische Corporation, das Königl. Amtsgericht, das Gymnasium u. a. hatten Vertreter zur Begegnung entsandt. Um der Liebe und Dankbarkeit der Bürger vermehrten Ausdruck zu geben, war ein besonderer Festausschuß von sieben Mitgliedern mit der Bestimmung gewählt worden, von den zu sammelnden freiwilligen Gaben dem Jubilar ein sichtbares Zeichen der Liebe und Dankbarkeit seiner Mitbürger in Form von praktisch verwendbaren Silberachen zu überreichen. Mit der Überreichung des Silbergeschenk's war Postmeister Hillner vom Festausschuß beauftragt worden. In einer Ansprache feierte Herr H. die Bürgerjugend des Jubilars. Eine Deputation der städtischen Vertretung in Margonin, woselbst der Geehrte ebenfalls mehrere Jahre als Bürgermeister amtiert hat, erschien und überreichte den Ehrenbürgerbrief der Stadt Margonin.

Siehe Seite 1. Naudé, Ferdinand, Particulier, 66 J. — Kolker, Wilhelm, Kaufmann, 51 J. — Gäbel, Martha, T. d. verst. Schlosser, Friedrich, 6 J. — Stabler, Heinrich, Kutschler, 44 J. — Jacob, Emilie, geb. Wolff, Sattlerwirtin, 53 J. — Kratzek, Carl, Kutschler, 43 J. — Kochanow, Mathias, Arbeiter, 35 J. — Kuebel, Max, Malerges., 21 J. — Standesamt II. Kuhn, Mar., S. d. Schlosser Benedict, 8 Tage. — Christ, Alfonso, S. d. Schlosser Carl 2 T. — Freund, Rosalie, 52 J. — Quitschalla, Carl, S. d. Kesselheizer Josef, 10 M. — Simon, Ernst, Hausherr, 64 J. — Barisch, Lodewijk, T. d. Zimmermann Carl. — Witte, Carl, Fuhrwerksbesitzer und Kohlenhändler, 37 J. — Linke, Richard, S. d. Maurer Franz, 6 M. — Franke, Auguste, geb. Stephan, Handelsmannswwe., 65 J. — Wörbs, Elizabeth, T. d. städt. Lehrers Oskar, 10 M. — Kappler, Hedwig, T. d. Arbeiters Albert, 15 Minuten.

Verlag von Wilh. Jacobsohn & Co. in Breslau.
Kupferschmiedestrasse 44, Ecke Schuhbrücke.
Dr. M. Joël, Festgebete der Israeliten. 2 Bde., eleg. geb. mit Goldschnitt. Preis 12 Mark. [461]

Sonntag letzter Tag der Ausstellung von Uhde, Lasset die Kindlein zu mir kommen.
Gemälde-Salon Lichtenberg, Schweidnitzerstr. 36. Jahresabonnements für 1, 2, 3 Personen 4, 7, 9 Mark.

Auskunftsbüro „Vorsicht“ Erwin Grübner, Breslau, Antonienstraße 27, [33] gegründet 1871. Erste Verbindungen. Streng gewissenhaft.

Zahnärztliche Poliklinik [191] Gartnstr. 15a, I. (n. d. Conciethause.) **J. Scheps, prakt. Behandl. unentgeltl. täglich 8-9½ Uhr.**

Preuss. Loose [Hauptziehung v. 22. Januar bis 6. Februar. (Hauptgewinn 450000 M.) offeriert Antheile 1/8 29 M., 1/16 14½ M., 1/32 7½ M., 1/64 3½ M. Cölnuer Dombankloose à 3½ M. incl. Liste. [914] S. Labandter, Voltarie-Gesch., Berlin, Friedrichstr. 99 (gegr. 1860).

Ein bedeutendes Capital soll gegen gute Hypothek — pupill. Sicherheit nicht erforderlich — gegen 4½% Zinsen angelegt werden. — Directe Offerten bitte unter K. H. Haupt-Agentur für Hypotheken postlagernd Breslau, Post-Amt 5. [592]

Gerichtlicher Ausverkauf. In der Emma Hoche'schen Concursfache werden Kinder-Garderoben, Hüte und Wäsche für Knaben und Mädchen im Geschäftslösse, Ohlauerstrasse 22, einzeln ausverkauft. [1161] Julius Sachs, Concurdverwalter.

Ich beabsichtige mein seit Jahren in frequentester Lage Breslaus bestehendes Parfüm-, Seidenband- und Weißwaren-Geschäft, welches mit den besten Erfolgen betrieben wird, wegen Ortsveränderung baldig zu verkaufen. [1640] Selbstkäufer, die über ein baares Vermögen von circa 8000 Mark verfügen, belieben Ihre Offerten unter Chiffre X. 6 in der Expedition der Breslauer Ztg. niederzulegen.

CRÈME SIMON wird von den berühmtesten Aerzen in Paris empfohlen und von der eleganten Damenwelt allgemein angewandt. Dieses unvergleichliche Produkt befindet sich in einer Nacht alle Grosbenton, Pippenrute, ist unerträglich gegen ausgebrüngtes Haar, rothe Hände, Geschwürthe und macht die Haut blendend weiß, fröhlig und parfümiert sie. Das Poudre Simon und die Selle à la Crème Simon besitzt dasselbe Parfüm und vervollständigt die vorzülichen Eigenschaften der Crème Simon. Erfiader J. Simon, 36, rue de Provence, Paris. Vorrätig bei den Coiffeuren und in den Parfumerie-Handlungen.

Hopfen-Bitter-Liqueur und **Hopfen-Cognac,** Specialitäten der Nürnberger Hopfen-Bitter-Compagnie, Nürnberg. Von ersten Autoritäten geprüfte, sehr aromatisch schmeckende Hopfen-Destillate, die als angenehme und magenstärkende Getränke vorzüglich wirken. Preis der großen Flasche M. 2,50 Pf., kleinen 1,25. Hauptdepot in Breslau bei Herren G. Blumenthal & Co., Weinhandlung, Ring 16 und Junkerstraße 36.

Die Obst-, Rosen- u. Ziergehölz-Baumschule von Otto Elehler, Grünen in Schl., offeriert ihre Bestände in schöner Ware und besser Sortenauswahl. Kataloge sofort zu Diensten. Gartenanlagen werden zur forgfältigsten Ausführung übernommen. [1320]

In Neumarkt (Schles.) im Gasthof zum gelben Löwen stehen von Sonntag, den 24. d. Mts., ab zum Verkauf:

Bairische junge Kühe mit Kälbern und hochtragende Kühe, sowie auch Pa. Bairische Zugochsen, außerdem 2 gut eingefahrene Doppel-Ponys (Schimmel) flotte Gänger, 4 und 5 Jahre alt. [493]

Jacob Fleischhauer aus Breslau (Wallstraße 10).

Fettvieh wird jederzeit gekauft und in Zahlung genommen, sowie auch Bestellungen von Buchtvieh aller Gattungen und auch bairischen und schlesischen Zugochsen schon jetzt entgegengenommen.

Ein Wiener Cabinet-Flügel, jaft neu, billig zu verkaufen Klosterstraße Nr. 15, 1. Etage. [1581]

Ein Pianino, gebraucht, aber noch gut erhalten, freuzsaitig, auf Eisen gebaut, wird zu kaufen gefügt. Off. u. P. B. 7 in d. Brief. d. Sig. 1 vorzügl. erhält. Pianino, brillant. 1 Ton, moderne Bauart, ist Verhältnisse halber für 400 M. zu verkaufen. Off. u. P. B. 7 in d. Brief. d. Sig. 1 eleg. Mahagoni-Stuhlflügel ist bei 5 Thlr Anzahlung für 30 Thlr. Frankenstein i. Schl. [1334] zu verkaufen Ohlauerstr. 67, 2½ Et.

Orycae.
Sonnabend.

Prachtwerke, [391] Classiker, Globen, Atlanten, sowie alle Geschenk-Literatur in grosser Auswahl auf Lager. Ausführl. Katalog gratis.

H. Scholtz in Stadt-Theater.

Julius Hainauer, Breslau, Schweidnitzerstrasse 52.

Musikalien-Leih-Institut.

Leih-Bibliothek.

Journal-Lese-Zirkel.

Abonnements können von jedem Tage ab beginnen. Kataloge leihweise. Prospekte gratis.

Musikalien-Abonnements. Schlesischer Jche Buch- u. Druckg. Hdg. (Frank & Weller) in Breslau, 16-18 Schweidnitzer Straße.

Zeltgarten. Nur noch kurze Zeit aufreten [1313] des Mr. Raffin mit seinen großartig dressirten

Schweinen u. Affen zum ersten Male in Breslau und nicht zu verwechseln mit den seiner Zeit in Breslau gezeigten dressirten Schweinen), der

Original-Japanesen-

Troupe

Torikata

in ihren staunenerregenden Pro-

duktionen und des Komikers Herrn Rösser.

Auftreten der Spanierin Senorita

Amoros

in ihren sensationellen gymna-

sifischen Lustproduktionen, des

Komikers Herrn Eugen Bocher

u. der Wiener Lieder-Sängerin

Fräulein Marion.

Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Internationales

Panopticum, à la Castan, Berlin,

Alte Taschenstraße 21,

„Stadtpark“

geöffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr

Abends. [1328]

Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Leuschner & Co., Berlin.

Humboldt-Verein

für Volksbildung. [503]

Sonntag, den 24. d. M., Nachm.

5 Uhr, im Mußsaal der Uni-

versität, Vortrag des Herrn

Oberlehrer Dr. Merkelt: „Der

Totentanz in der bildenden

Kunst.“

Privatunterrichts-Cursus

in Elementar- und Gymnasialschulen

(auch im Hebräischen). [1639]

J. Neustadt, conc. Sprachlehrer,

Kurzgefaßt 1, 1.

Sprechstunden: 2-3 Uhr.

Dr. Karl Weisz,

in Österreich-Ungarn approbiert.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Hirschberg Band II Blatt 144, Band III Band 153 und Band V Blatt 259 auf den Namen der Kaufmanns Ernst Prienius eingetragenen Grundstücke am 13. März 1886,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte — an Gerichtsstelle — Wilhelmstraße 23, versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 5,43 Mf. Reinertrag und einer Fläche von 25 a 50 qm zur Grundsteuer, mit 1635 Mf. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I eingesehen werden.

Hirschberg, den 15. Januar 1886.
Königliches Amts-Gericht. I.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Mittels-Stadt Band I Blatt 11 auf den Namen des Fleischermeisters Paul Sawade zu Mittels eingetragene, daselbst am Markte belegene Grundstück am 15. April 1886,

Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 391 Mf. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erforder übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Gebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungsstermin vor der Aufförderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerpricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigensfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungsstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigensfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Zuschlags wird

am 16. April 1886,

Vormittags 11 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Mittels, den 19. Januar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist bei der laufenden Nr. 193 die Firma Heinrich Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

Alois Schindler

in Neisse wird nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvorsteiger hiermit aufgehoben.

Neisse, den 19. Januar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 2311 die Firma

E. Pannek

zu Piasniki und als deren Inhaber der Kaufmann [1311]

Eduard Pannek

zu Piasniki am 16. Januar 1886 eingetragen worden.

Beuthen O.S., den 16. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 2311 die Firma

E. Pannek

zu Piasniki und als deren Inhaber der Kaufmann [1311]

Eduard Pannek

zu Piasniki am 16. Januar 1886 eingetragen worden.

Beuthen O.S., den 16. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmann [1312]

H. Fickert

zu Neumarkt i. Schl. und als deren Inhaber der Vogerbereisitzer Heinrich Fickert zu Neumarkt i. Schl. am 19. Januar 1886 eingetragen worden.

Neumarkt i. Schl., den 19. Jan. 1886.

Königliches Amts-Gericht.